

Amtliche Bekanntmachung

betr. die Ueberwachung des Verkehrs im Saargebiet

Regierungskommission des Saargebietes.
Direktion des Innern.

J. C. H. 55834 H.

Saarbrücken, den 29. November 1934.

An sämtliche Zeitungen des Saargebietes!

Gemäß Artikel 10 der Verordnung vom 20. Mai 1933 zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit erlaube ich um unentgeltliche Aufnahme ohne Einschränkung oder Begrenzung der beiliegenden amtlichen Bekanntmachung.

Der Abdruck hat unverzüglich in der nach Eingang nächstfolgenden Nummer Ihrer Zeitung auf der ersten Seite an erster Stelle ohne Unterbrechung zu erfolgen.

Die Ueberschrift hat zu lauten: „Amtliche Bekanntmachung betreffend die Ueberwachung des Verkehrs im Saargebiet.“

Das Mitglied der Regierungskommission für die Angelegenheiten des Innern:

J. H.

Der Direktor des Innern und des Kabinetts:
O. Heimbürger.

Amtliche Bekanntmachung

betreffend die Ueberwachung des Verkehrs im Saargebiet

In Ihrer Zeitung vom heutigen Tage hat die Regierungskommission beschlossen, die Verordnung betreffend die Regelung des Verkehrs im Saargebiet vom 16. April 1933 (Amtsblatt 1933, Seite 31) mit sofortiger Wirkung dahin abzuändern, daß

1. die in Artikel 2 der vorgenannten Verordnung vorgesehene Frist von 3 Tagen auf 24 Stunden herabgesetzt wird,
2. die in Artikel 4 vorgesehene Frist von 2 Wochen auf 7 Tage beschränkt wird.

Auf Grund dieses Beschlusses der Regierungskommission hat die Direktion des Innern angeordnet, daß die betreffenden Einzelverordnungen vom heutigen Tage ab mit besonderer Genauigkeit und Strenge gehandhabt werden.

An das Saargebiet einreisen dürfen nur Personen, die im Besitze eines gültigen Passes oder eines Personalausweises sind.

Personen, die nicht die Eigenschaft eines Saargebietsbewohners besitzen, müssen sich 24 Stunden nach ihrer Ankunft bei der Ortspolizeibehörde melden. Wenn sie länger als 7 Tage im Saargebiet sich aufhalten wollen, müssen sie eine Aufenthaltserlaubnis bei der Vorabteilung der Regierungskommission beantragen.

Zu den in Artikel 2 und 4 der vorgenannten Verordnung vorgeschriebenen Anmeldungen sind gemäß Artikel 7 derselben Personen auch diejenigen Personen verpflichtet, die einem Richteramt einmehren gegen oder ohne Entgelt Unterkunft gewähren.

Zur Ueberwachung dieser Vorschriften wird bei den Grenzübergangsstellen ein Kontrollkomplex in dem Fah- oder Personalausweis angebracht. Außerdem werden alle Personen an diesen Stellen in eine Liste eingetragen, die ihren Namen, Vornamen, Geburtsort und Wohnort enthält; in eine besondere Liste werden Führer und Insassen von Kraftfahrzeugen aufgenommen.

An allen Hotels und Beherbergungsbetrieben wird ständig eine strenge Kontrolle der eingetragenen Richteramtseinwohner durchgeführt werden. Diese Kontrolle wird sich auch auf alle diejenigen erstrecken, die unentgeltlich einem Richteramt einmehren (z. B. einer Person, die nur zu Besuchszwecken im Saargebiet wohnt) Unterkunft gewähren, sie wird auch in Wärdhäusern und auf den Straßen stattfinden.

An alle Personen, die sich im Saargebiet aufhalten (Saargebietsbewohner und Richteramtseinwohner) ergeht daher die Aufforderung, ständig einen Personalausweis bei sich zu tragen, damit die Kontrolle, die im Interesse der Ruhe und Sicherheit während der Abstimmungperiode erfolgt, reibungslos verläuft.

Die Kontrolle tritt sofort in Tätigkeit an allen Stellen, an denen die technischen Einrichtungen bereits vorhanden sind und zwar sowohl auf der Eisenbahn als auf der Landstraße. An den Stellen, an denen die nötigen technischen Einrichtungen noch fehlen, werden sie mit größter Eile herbeigeführt, so daß alle in einigen Tagen die Grenzkontrolle sich auf alle Hebergangsstellen des Saargebietes erstreckt.

Folgende Personen werden in die Listen nicht eingetragen und es ist auch bei ihnen keine Eintragung in dem Fah- oder Personalausweis zu machen:

1. alle Einreisenden, die sich durch den Besitz eines der nachstehenden gültigen Personalausweise als im Saargebiet anständig ausweisen können:
roter saarländischer Personalausweis,
weiße saarländische Identitätskarte (Carte d'Identité),
grüner saarländischer Personalausweis, von der ehemaligen Militärverwaltung erteilt,
saarländischer Reisepaß.
2. Inhaber von Legationspässen gemäß Regierungsverordnung vom 27. Januar 1932 betreffend die Arbeitskontrolle für das Saargebiet und von Grenzübergangspässen (sogenannte Grenzpaß) gemäß Protokoll über die Grenzüberwachung an der saarländisch-französischen Grenze vom 13. November 1933.
3. Inhaber von Diplomatenpässen.

Rohstoffe für die Rüstungsindustrie

London, den 30. November.

Reuter meldet aus Berlin, daß die deutsche Regierung den künftigen Import von 50.000 Zentnern natürlichen Schwefelsperit gestatten habe. Die Reueit muß von den Lieferanten garantiert werden. Salpeter wird bekanntlich als Zügelmittel, aber auch zur Pulverfabrikation benötigt.

Ganz Amerika lacht ...

Eine beispiellose Presseblamage des Propagandaministers

Seine Zeitungen bitte: die Juden demütig um Verzeihung

New York, 22. November.

Hier hat sich soeben vor den Augen der gesamten Welt ein Schauspiel abgepielt, deren Leidtragende die Nationalsozialisten unter den Deutschen der Vereinigten Staaten sind. Sie verdient es, als Beispiel branner Tapferkeit und Mannestrenue fern von der Heimat in allen Einzelheiten geschildert und überall bekannt zu werden.

Stärklich unterstützt von der metallischen Propaganda des Herrn Goebbels, wurde hier im Sommer 1933 ein Bund der „Freunde des neuen Deutschland“ gegründet, der sich begeistert zum Hakenkreuz bekannte. Deutsche im Ausland pflegen im politischen Ueberchwang bekanntlich die Heimat noch zu übertrumpfen. Man mochte sich keine Vorstellung davon, mit welchem Haß alle Befürworter der republikanisch-freiheitlichen Idee, vor allem aber die Juden von diesen „Freunden“ bekämpft wurden. Am liebsten hätten die Herrschaften auf amerikanischem Boden für ihre widerrechtlichen Vandalen und alle Richter Konzentrationen eingerichtet.

Bald bekamen sie auch ein eigenes Blatt, die „Deutsche Zeitung“, die in den wildesten Hassparolen eintrat. Die erforderlichen Zuschüsse wurden aus dem großen Topf des Propagandaministeriums bezahlt. Hier aber ist nun das große Malheur passiert, über das wir berichten müssen.

Im Juli 1934 veröffentlichte die „Deutsche Zeitung“ einen heiligen Schmähartikel gegen den ehemaligen Magistrat und Richter Josef Goldstein. Der beleidigte verlor den Hauptkassierer der „Deutschen Zeitung“ William V. McLaughlin, einen Mann nicht deutscher, aber echt arischer Abkunft, der begeistert im Geiste des Nationalsozialismus marschierte. Goldstein klagte. Die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen brachen so mächtig zusammen, daß der Richter Franklin Taylor den Chefredakteur zu einem Jahre Gefängnis verurteilte. Das überstieg aber für Richter Goldstein den Aufwand an Opferwilligkeit für die heilige braune Sache. In seiner „Deutschen Zeitung“ (Nr. 46 vom 7. November) veröffentlichte er, um der Strafe zu entgehen, eine Abbitte, die das Demütigendste und zugleich Erbärmlichste ist, was wir seit Jahrzehnten in irgendeiner Zeitung der Welt erlebt haben.

Es heißt hier wörtlich:

Ein Widerruf und eine Entschuldigung

Wir glauben nicht, daß irgend ein vernünftiger Leser weniger von uns denkt, wenn wir im Geiste von Aufrichtigkeit und Selbstachtung ein öffentliches Geständnis eines Irrtums machen, den wir gemacht haben und wenn wir alle daran Beteiligten um Verzeihung bitten.

In unserer Nummer vom 7. Juli 1934 veröffentlichte unser Blatt eine beleidigende und sehr bedauerliche Aussage in welcher der Charakter und die legale Rechtschaffenheit des Herrn Dr. Joseph Goldstein von Brooklyn angegriffen wurde. Nachdem wir diese Angelegenheit sorgfältig geprüft haben und uns der Schwere unserer Handlung klar geworden sind, möchten wir nun diese Behauptung zurückziehen und wir leisten Abbitte in demütiger Weise nicht nur Herrn Richter Goldstein und der Gemeinschaft von der er ein Mitglied ist. Wir stehen ein, daß unser Angriff auf diesen Herrn und die Juden nicht gerechtfertigt, gewillenslos und grundlos war. Dies zeigt uns, wie falsch wir sein muß in der Herausgabe eines Blattes um nicht den Charakter einer Person oder eines Volkes zu verletzen.

Wir haben Herrn Richter Goldstein um Entschuldigung gebeten und er war so ohnmächtig genau, uns zu versichern, daß er keinen Groll gegen uns hegte. Wir wissen ganz genau, daß unsere Aussagen ihn tief betrübten und verletzt haben und ihn in ein ganz falsches Licht gestellt haben durch diesen anstößigen Artikel und wir wissen seine freundliche Nachsicht hoch zu schätzen. Da wir wissen, daß in dieser Angelegenheit Herr Richter Goldstein viel Belästigung und Auslage von Zeit und Anstrengung durchmachen mußte, glauben wir, daß es nur recht und billig wäre, ihm ein Anerkennen zu machen, für Schaden und Nachteil den wir ihm verursacht haben, und wir müssen angeben, daß er stets unverwundbar, Geldschaden von uns anzunehmen, so glauben wir, daß es nur richtig und billig wäre, ihn schuldlos zu erhalten für all das Unrecht, was wir ihm verursacht haben, aber der Herr Richter sagte uns, daß dies nur einen moralischen Hintergrund habe, der nicht in Geldschaden zum Ausdruck gebracht werden könnte und daß das Unrecht, welches ihm getan wurde, wirklich mehr die jüdische Gemeinschaft betraf als ihn persönlich. So freut uns

eingegeben, daß diese Stellungnahme des Herrn Richters Goldstein ein offener Zug des jüdischen Volkes ist und daß er unsere Hochachtung verdient. Wir bitten auch unsere Leser um Vergebung und besonders unsere jüdischen Leser und wir hoffen, daß sie noch ihren glänzenden Uebereinstimmungen und Vorurteilen, Nachsicht zu üben und uns verzeihen werden und unsere Uebereinstimmung übersehen werden.

„Deutsche Zeitung“.

Nicht genug damit, daß wir diesem nationalsozialistischen Feinden aus Rußland vor dem Gefängnis vor der schamhaften Judenheit auf den Knien rutschen sehen. Er teilt in der gleichen Nummer seiner „Deutschen Zeitung“ seinen Lesern mit, man habe sich entschlossen, eine „drahtlose Wende“ der bisherigen politischen Taktik einzutreten zu lassen. Denn, wiederum wörtlich:

„Wir sind uns klar geworden, daß in diesem gefährlichen Lande gewidmet den Idealen von Volkserziehung und Recht für alle, ohne Rücksicht auf Rasse und Glauben, alle Feindschaften und Vorurteile zwischen Rassen und Völkern verschiedenen Ursprungs, welche hier wohnen und welche alle gleich unter dem Schutz der Gesetzgebung und Verordnungen dieses Landes stehen, durchaus unwürdig und unakzeptabel sind.“

Deshalb möchten wir ernstlich irgend welche Anreizung zu Rassen- und Religions-Erbitterung ablehnen, obwohl unser Blatt dafür beschuldigt worden ist. In Zukunft wird in unserem Blatt nichts erscheinen, was in irgend einem Grade entweder als direkte Bedenken, oder mittelbar, Verleumdung oder als Hintertup oder einen Angriff auf den Charakter einer Rasse oder eines Volkes oder einer Person angesehen werden könnte, durch Namen oder anders wie einer solchen Rasse oder eines Volkes.“

Auf bitterdeutsche Kosten war über Nacht aus einem wild tobenen Naziblat eine Flamme der Freiheit und der Toleranz geworden, nur weil es in Amerika noch Richter gibt. W. V. McLaughlin, dem die Juden verzeihen, ging sogar noch viel weiter. Es gelangte plötzlich zu der Uebersetzung, daß für Leute, welche noch aufrichtig fühlen, der Boykott von Waren eines fremden Landes ihr einziges friedliches Mittel ist, um die Inhumanität dieses Landes zu bekämpfen. Ich dieser Waffe bedienen können. Mit Goebbels' Geld hat die Waffe des Boykotts gegen Hitler-Deutschland einen seltsamen und unerwarteten Witz erhalten.

Man wird aber nun fragen: Was tut nach diesen Ereignissen der Bund der Freunde des neuen Deutschland? Schreibt er wild nach Verrat seiner heiligen Prinzipien, schlendert er dem gefängnisreichen Va. seine Verachtung entgegen? War hat er sich sofort ein neues Publikationsorgan geschaffen, den „Deutschen Beobachter“, das gleichfalls Berlin finanziert. Man darf dieses nationalsozialistische Blatt nicht mit seinen gleichnamigen Vettern im Reich vergleichen. Der amerikanische „Deutsche Beobachter“ schreibt über den Volksgegner McLaughlin, der sich vor einem Juden beugte, unter anderem: Man habe sich von der „Deutschen Zeitung“ allerdings trennen müssen. Das sei in Anbetracht der Umstände verständlich, denn wer acht gerne in Gefängnis. Selbstverständlich müsse auch Amerika in Kürze erwachen. Aber doch nicht so wild wie Deutschland:

„Die Zeitung des Bundes legt Wert darauf, an dieser Stelle zum anderen Male öffentlich zu erklären, daß ihr jegliche Anreizung zum Massenhaß fern liegt, daß sie sich grundsätzlich nicht in Religionstragen mischt, daß sie jedoch die Bekämpfung der Organe und Kampagnen gegen Deutschland, das deutsche Volk und die deutsche Regierung sowie die Bekämpfung des unamerikanischen, geschildrigen und den Interessen der Vereinigten Staaten zuwiderlaufenden Boykotts deutscher Waren für die Pflicht des gesamten Deutschums Amerikas hält.“

Das ist die feierliche Verleugnung des Rassenkampfes, des Verhältnisses der nationalsozialistischen Weltanschauung. In der ganzen Nummer des „Deutschen Beobachters“ liest man nicht ein einziges Wort über oder gegen die Juden. Die Spuren schreien. Man hat Angst vor neuen Prozessen und läßt Rasse, Blut und Boden lieber im Rücken, um sich der goldenen Freiheit Amerikas erretten zu dürfen.

Die Befürworter des Rechts und der Menschenliebe in Amerika lachen nicht nur auf Kosten Hitler-Deutschlands und besonders des Herrn Goebbels. Sie empfinden zugleich ethische Genugtuung über diese tragikomische Selbstenttarnung, bezahlt aus dem Fonds der deutschen Auslandspropaganda.

Goebbels für die Warenhäuser

Berlin, den 28. November 1934.

In Ergänzung zu der von uns bereits kritisch beleuchteten Rede, die Dr. Goebbels im Berliner Sportpalast gehalten hat, teilt der „Preussische Pressedienst der NSDAP“ mit, daß der Propagandaminister auch die Warenhausfrage beleuchtet hat. Es kam ihm hierbei, wie immer, auf eine Lage mehr oder weniger nicht an. Er hat die unwahre Behauptung aufgestellt, daß die vorangetragenen Regierungen in den Warenhäusern 400 Millionen Mark Staatskredite investiert hätten. Diese 400 Millionen wären für das deutsche Volk verloren, wenn man die Warenhäuser abschaffen würde. Deshalb, so erklärte Goebbels, „mussten wir etwas tun, was wir prinzipiell für falsch hielten, weil es faktisch richtig war.“

In Wirklichkeit wird wieder einmal damit erneut der Beweis erbracht, daß die felerlichen Versicherungen der nationalsozialistischen Führer, die sie vor der Machteroberung abgegeben haben, sie würden zur Gründung des Mittelstandes die Warenhäuser und Einzelhandelsbetriebe abschaffen, eine bewusste Fälschung waren. Dr. Schmidt als Vertreter der Kauf- und Börsenführer, die die Nationalsozialisten ebenfalls zu bekämpfen vorgaben, betreibt einen ausgeprägten großkapitalistischen Wirtschaftsfürer. Das ist auch der eigentliche Grund, weswegen jetzt plötzlich die Warenhäuser verhängnisvoll werden. Und die Treibhölzer des Herrn Goebbels können auf keinen denkbaren Menschen einen Eindruck machen. Sie beweisen nur, daß die Nationalsozialisten auf den Kampf gegen die Warenhäuser verzichtet haben.

Ohrfeige für Streicher

Er wird von einem kleinen Friseur besiegt

Vor einigen Tagen ist in Nürnberg ein kleines Friseurgeschäft geschlossen worden. Der „Bühnen“ wurde abgeführt, und das Bild des „Saboteurs am Aufbauwerk“ prangte in Streichers „Frankfurter Tagesschau“. Ueberraschend haben wir noch nie ein so intelligentes Gesicht in diesem Blatte gesehen.

Streichers Triumph war nur von kurzer Dauer: Jetzt gibt der Reichskommissar für Preisüberwachung bekannt, daß jeder Friseur hinsichtlich seiner Preisgestaltung völlig frei ist; er ist nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, die Preise für seine Leistungen selbst zu berechnen. An Preisfestsetzungen irgendwelcher anderer Stellen ist kein Friseur gebunden. Insbesondere sind die Zünfte nicht befugt, Preise vorzuschreiben.

Müller — allein gelassen

Die Altpreußische Union gegen ihn

Berlin, 30. November.

Auf Vorschlag des Reichsbischofs Müller veranlasste sich gestern der Senat der Altpreußischen Union, um den juristischen Sachwalter dieser Kirche neu zu wählen. Der Senat hat den vom Reichsbischof Müller vorgeschlagenen Kandidaten abgelehnt und hat beschlossen, in seinen Funktionen als Sachwalter „Dr. Werner“ zu betätigen, der seit Juni 1933 sich von der offiziellen Reichskirche getrennt hatte.

„Freiheit“ der Priester

120 Mark Geldstrafe

Ein spannender Prozeß spielte sich, so schreibt die „Baller National-Zeitung“, am Mittwochnachmittag im Vörrader Strafgerichtssaal ab, zu dem die katholische Geistlichkeit von Vörrach und Umgebung zahlreich erschienen war, ebenso die katholische Gemeinde von Stetten. Vor den Schranken, vertreten von Rechtsanwält Rauer, stand Stadtpfarrer Josef Hermann von Stetten wegen verbotener Flugblattverteilung. Laut Verordnung des Reichsinnenministers ist nicht nur das Flugblatt politisch, sondern auch religiöser Inhalts verboten. Dagegen hat Pfarrer Hermann verstanden, als er im August/September d. J. an die Familien und hiesigen Mitglieder seiner Pfarrei ein Flugblatt verschickte, das mit dem Aufsatze: „So lebe Christus der König“.

Der Urheber des Flugblattes war nicht auf demselben verurteilt. Das Bezirksamt, dem das Blatt vorgelegt wurde, sprach gegen Pfarrer Hermann wegen Übertretung des Verbots eine Geldstrafe von 120 Mark aus. Hiergegen legte der Geistliche Berufung ein. Aber auch der Strafrichter ließ seinen Einwand, es handle sich nicht um ein Flugblatt, sondern um einen Familienpfarreibrief, nicht gelten und bestätigte die ausgesprochene Geldstrafe in der genannten Höhe.

Pfarrer Hermann nahm das Urteil mit dem Ausruf „So lebe Christus der König“ entgegen, was ihm eine ernste Rüge des Vorsitzenden eintrug.

Am Dranger

„Es gibt nichts . . .“

Das „Pfälzer Tageblatt“ (Nr. 272) prangert aus Frantenthal an:

„Das Winterhilfswerk teilt mit, es sei ihm insofern ein Arrium unterlaufen, als berichtet wurde, daß Herr Rechnungsrat a. D. Amberg einen Betrag von 1000 Mark als Eintopfende gegeben hatte. — Tatsache sei, daß Herr Amberg seit Eröffnung des Winterhilfswerkes 1933/34 keinen Pfennig gegeben hatte, obwohl er über ein monatliches Einkommen von 400 Mark verfügte. Die Sammler beim letzten Eintopfgericht seien von einem Bittensucher aus abgelehnt worden mit den Worten: „Es gibt nichts, mach einen Strich hin!““

Wozu nur zu bemerken ist, daß die Spenden zum Winterhilfswerk vollkommen freiwillig sind.

Hebrigens: daß ein Rechnungsrat schon so gegen die Schnorrer auftritt, läßt tief blicken.

Unter der Überschrift „An den Dranger!“ berichtet der „Zeitungsdienst“ des Reichsdrangerhandes: „Wie die Arbeitsgemeinschaft Reichsdranger a. D. H. mitteilt, wurden in den letzten Tagen im Weinhandel, mitunter auch beim Weinbau, erhebliche Verletzungen wegen der Nichtverlammungen des Reichsdrangerhandes festgestellt. Der Arbeitsgemeinschaft macht darauf aufmerksam, daß in den allernächsten Tagen eine Veröffentlichung derjenigen Namen und Firmen erfolgen werde, die sich gegen die Maßnahmen des Reichsdrangerhandes vergangen haben.“

Paris über die Unterhausdebatte

Paris, den 30. November.

Die Unterhausdebatte ist hier das politische Ereignis des Tages. Viele Blätter geben sie ohne Kommentar wieder, manche nehmen bereits Stellung zu ihr. Die Bewertung der Debatte ist nicht einheitlich.

Sehr kritisch äußert sich Vladimir D'Ormesson im „Figaro“. Die Unterhausdebatte habe einen eigentümlichen Eindruck hinterlassen; sie habe ebenso viel Kraft, wie Schwäche offenbart. England habe sich wieder mit seinen unveränderlichen Vorurteilen und seinen gewöhnlichen Fehlern gezeigt. Man entdecke von neuem wieder, daß es eine Nation ist, die ehrlich entschlossen ist und jeder Gefahr die Spitze bieten möchte und genau so entschlossen, nichts zu tun, um die Gefahren zu vermeiden. Die Engländer seien sich jeden Luxus, selbst den der Gefahr, Wilson Churchill's Rede, so meint D'Ormesson weiter, voll von Tatsachen und einschneidenden Einzelheiten, habe tiefen Eindruck gemacht. Er habe besonders die Luftfrühungsfrage behandelt, die die britische Meinung am meisten interessiere. Vor 25 Jahren sei England durch die Entwicklung der deutschen Flotte beunruhigt gewesen, heute sei es durch die Entwicklung der Luftflotte beunruhigt; am Grundriss hätten also die Tatsachen nichts geändert.

Auf die Anklage Churchill's habe Baldwin gleichzeitig zustimmend und abschließend geantwortet. Seine Rede sei die Behauptung einer Politik, eines Programms, aber auch Verhandlungsfähigkeit. Baldwin habe keine Schwierigkeiten gemacht, um die ungeheuren deutschen Rüstungsanstrengungen aufzuzeigen, und die Wahrheit, die er sagte, dürften einige Zensuren in Berlin erzeugen. Baldwin wandle sich gegen das „Geheimnis der deutschen Maschinen“ und gegen die dadurch verursachten Schwierigkeiten, selbst in deutschfreundlichen Ländern wie Skandinavien. Der Vorwurf sei begründet, aber ein wenig naiv. Deutschland könne bei seinen Prozeduren nur gewinnen — die Tatsachen hätten es bewiesen — da niemand und am wenigsten England sich dagegen gewandt habe. Das Wichtigste aber, was Baldwin erklärt habe, sei daß, welches immer auch die deutschen Rüstern und die deutschen Absichten sein mögen, England um jeden Preis entschlossen sei, sich in der Luft von Deutschland nicht überholen zu lassen, sondern sich einen Ueberlegenheitspielraum vorzubehalten. Um es kurz zu machen, Baldwin habe erklärt:

„Schuld an der Besorgnis von Europa hat die Unkenntnis über die Ereignisse in Deutschland. Das weiß das Reich. Es hat schon vor langer Zeit selbst den Schleier des Geheimnisses gelüftet. Es wird uns also möglich sein, die Tatsachen, die gesagt werden müssen, zu erörtern und zu prüfen.“

„Bedeutet das, fragt D'Ormesson die Ankündigung eines Vorschlages über die deutschen Rüstungen? Sei das der Abder für Verhandlungen? Wir haben die Stärke Englands, nur leben wir seine Schwäche. Denn man mache sich vor Hitler. Er werde förmlich arbeiten, selbst die unangehörlichen Verbindungen zu erklären, die er bei den Verträgen vorgenommen habe, damit man diese

Erklärungen hören und wieder leicht auch atmen kann. Das sei keine Verhandlung, das sei eine Kollaboration. Leichter atmen? Nach solcher Entmutigung und solcher Prämie für die „geheimen Maschinen“? Glaube denn England wirklich, daß es auf diese Weise Deutschland vernünftig machen und beschränken könne? Sei es denn durch die zehnmal wiederholten Versuche nicht aufgemacht?“

Die geistige Debatte sei nützlich gewesen, da sie gezeigt habe, daß England von der deutschen Aufrüstung genau Kenntnis habe und dagegen Front machen wolle.

„Populaire“ stellt fest, es sei zu begrüßen, daß derartige Reden nicht ausschließlich durch die englischen Militärs gehalten wurden, um eine Vermehrung der Rüstungen zu erreichen und daß sie im Gegenteil die englische öffentliche Meinung dahin bringen, sich die Aufgabe zu stellen, den Frieden in Europa zu organisieren und die Verantwortung zu übernehmen, die eine solche Organisation für ein großes Volk, wie die Engländer, nach sich zieht.

Und im „Midi“ meint M. V. Jeune in Bezug auf die Unterhausverhandlungen: Im letzten Frühjahr habe man den Versuch von französisch-deutschen Verhandlungen gemacht. Dieser Versuch habe nicht zum Ziele geführt. Berlin strenge sich jetzt an das, was ihm mit Barthou nicht gelang sei, mit Laval wieder zu beginnen. Sei Laval nicht der erste französische Ministerpräsident gewesen, der sich nach Berlin begeben habe? Man lasse ihn dabei ein, mit Hitler zu plaudern, wie er dies mit Brüning getan habe. Darum werde der Herr von Ribbentrop zweifellos in einigen Wochen in Begleitung von Doh in Paris sein. Ribbentrop habe sich nach London begeben. Welch schöner Spielbeginn wäre für ihn die Vergewaltigung von Baldwin und vom englischen Außenamt! Kurz gesagt, Berlin wolle seine Partei geküßt auf die französisch-britische Zusammenarbeit, um zu einer französisch-deutschen Vereinbarung zu kommen.

Im „Tribune“ weist Gallus darauf hin, daß Baldwin von seiner Rede vorher Frankreich, Deutschland, Italien und den Vereinigten Staaten Mitteilung gemacht und damit auf die Bedenken, die er der Angelegenheit beimißt, hingewiesen habe. Die ausgezeichnete Rede werde die Legende von dem armen, so bedrückten und eingekreisten Deutschland zerstören, das nur auf die Stärke seiner Waffen zählen könne, um der Sklaverei und dem Tode zu entgehen.

Es scheint, daß der Führer bereits dem englischen Reichshaus, der nach London nach dieser Unterredung abgereist sei, gewisse Versprechungen gemacht habe. Und es werde behauptet, daß die Rede Baldwin's bereits gewählter gewesen sei auf Grund des Berichtes von Sir Eric Phipps. Denn, wie der englische Minister erklärte, demnach werde der Schleier des Geheimnisses gelüftet werden über das, was im Reich geschehe.

Warten wir ab, so meint Gallus, aber notieren wir ab heute ein dem Frieden günstiges Zeichen: England habe den ersten Schritt gegeben, um Erklärungen zu fordern. Man könne sicher sein, daß Deutschland nicht wagen werde, es durch Unverschämlichkeiten zu erwidern, noch es zu beunruhigen durch lägenhafte Auskünfte.

Tschechen: eindliche Kundgebung in Berlin

Aufgeputschte Studenten

Berlin, 30. Nov. Die Aufputschung der nationalsozialistischen Instinkte aus Anlaß der Vorgänge an der Prager Universität ist geclut. Die Unzufriedenheiten, vor allem die Studenten, haben die fällige Ablenkung im grauen Alltag erhalten. Am schlimmsten ging es an der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg zu.

Am Dienstag um 11 Uhr waren 2000 Studenten vor dem Hochschulgebäude marschbereit versammelt. Der Rektor Prof. v. Arnim verkündete die Schließung der Hochschule für den Rest des Tages. Arnim enthielt und Führerfreien der SA und war Stellvertreter und Adjutant des Grafen Helldorf zur Zeit, als dieser die Berliner SA kommandierte. Gegenwärtig bekleidet Arnim den Rang eines SA-Oberführers. Dieser Graf Arnim ist also zur „Nährung“ der Technischen Hochschule in jedem Betracht geeignet. In einem viertelständigen Marsch durch den Tiergarten begab sich der Zug zur tschechoslowakischen Gesandtschaft, wo die Ansammlung durch Tausende von Passanten und Neugierigen answoll. An den Fenstern des Gesandtschaftsgebäudes wurden eilig die eisernen Rollläden heruntergelassen. Auf der Straße ertönten Schreie: die mitgebrachten Transparente mit der Aufschrift: „Wir protestieren gegen Prag!“ wurden emporgehalten, und die Studenten sangen das Lied von Ernst Moritz Arndt:

Der Gott, der Eisen wachsen ließ,
der wollte keine Knechte!
Darum gab er Säbel, Schwerter und Speie
dem Mann in seine Rechte.

Ein Redner aus den Reihen der Studenten befragte ein am Eingang der Gesandtschaft errichtetes Podest und gleichete das Verhalten der tschechoslowakischen Regierung, erwähnte aber zugleich die Studenten. „Disziplin“ zu üben. Ein großes Polizeiaufgebot, das vor der Gesandtschaft erschien, um abfällige Ausbreitungen zu verhindern, beschränkte sich darauf, der Demonstration zuzusehen, die sich nach Abwicklung des Programms wieder zerstreute.

Erklärungen hören und wieder leicht auch atmen kann. Das sei keine Verhandlung, das sei eine Kollaboration. Leichter atmen? Nach solcher Entmutigung und solcher Prämie für die „geheimen Maschinen“? Glaube denn England wirklich, daß es auf diese Weise Deutschland vernünftig machen und beschränken könne? Sei es denn durch die zehnmal wiederholten Versuche nicht aufgemacht?“

Die geistige Debatte sei nützlich gewesen, da sie gezeigt habe, daß England von der deutschen Aufrüstung genau Kenntnis habe und dagegen Front machen wolle.

„Populaire“ stellt fest, es sei zu begrüßen, daß derartige Reden nicht ausschließlich durch die englischen Militärs gehalten wurden, um eine Vermehrung der Rüstungen zu erreichen und daß sie im Gegenteil die englische öffentliche Meinung dahin bringen, sich die Aufgabe zu stellen, den Frieden in Europa zu organisieren und die Verantwortung zu übernehmen, die eine solche Organisation für ein großes Volk, wie die Engländer, nach sich zieht.

Und im „Midi“ meint M. V. Jeune in Bezug auf die Unterhausverhandlungen: Im letzten Frühjahr habe man den Versuch von französisch-deutschen Verhandlungen gemacht. Dieser Versuch habe nicht zum Ziele geführt. Berlin strenge sich jetzt an das, was ihm mit Barthou nicht gelang sei, mit Laval wieder zu beginnen. Sei Laval nicht der erste französische Ministerpräsident gewesen, der sich nach Berlin begeben habe? Man lasse ihn dabei ein, mit Hitler zu plaudern, wie er dies mit Brüning getan habe. Darum werde der Herr von Ribbentrop zweifellos in einigen Wochen in Begleitung von Doh in Paris sein. Ribbentrop habe sich nach London begeben. Welch schöner Spielbeginn wäre für ihn die Vergewaltigung von Baldwin und vom englischen Außenamt! Kurz gesagt, Berlin wolle seine Partei geküßt auf die französisch-britische Zusammenarbeit, um zu einer französisch-deutschen Vereinbarung zu kommen.

Im „Tribune“ weist Gallus darauf hin, daß Baldwin von seiner Rede vorher Frankreich, Deutschland, Italien und den Vereinigten Staaten Mitteilung gemacht und damit auf die Bedenken, die er der Angelegenheit beimißt, hingewiesen habe. Die ausgezeichnete Rede werde die Legende von dem armen, so bedrückten und eingekreisten Deutschland zerstören, das nur auf die Stärke seiner Waffen zählen könne, um der Sklaverei und dem Tode zu entgehen.

Es scheint, daß der Führer bereits dem englischen Reichshaus, der nach London nach dieser Unterredung abgereist sei, gewisse Versprechungen gemacht habe. Und es werde behauptet, daß die Rede Baldwin's bereits gewählter gewesen sei auf Grund des Berichtes von Sir Eric Phipps. Denn, wie der englische Minister erklärte, demnach werde der Schleier des Geheimnisses gelüftet werden über das, was im Reich geschehe.

Warten wir ab, so meint Gallus, aber notieren wir ab heute ein dem Frieden günstiges Zeichen: England habe den ersten Schritt gegeben, um Erklärungen zu fordern. Man könne sicher sein, daß Deutschland nicht wagen werde, es durch Unverschämlichkeiten zu erwidern, noch es zu beunruhigen durch lägenhafte Auskünfte.

„Laval soll mit Hitler reden“

Paris, 29. November.

Von unserem Korrespondenten

Dinge irgendwie legalisieren, nach Möglichkeit durch direkte Besprechungen, wie man sie in Paris verurteilt, oder durch diplomatische Unterhaltungen, wie es in London der Fall gewesen sei. Die deutschen Zeitungen, die eben noch hochmütig auf das Ausland herabgesehen hatten, sprachen offen ihre Kritik vor Churchill's Rede aus und vor der Haltung des englischen Parlaments. Auf der anderen Seite folgten sie als einen großen diplomatischen Erfolg die Tatsache, daß Sir John Simon den deutschen Vorkämpfer empfangen habe, ebenso wie der Umstand, daß sich der englische Vorkämpfer in Berlin mit Hitler unterhalten habe.

In Berlin arbeitet man mit großem Fleiß daran, eine direkte Unterredung zwischen Hitler und Laval zu standeubringen. Darum solle wohl auch Hitlers Stellvertreter Doh nach Paris gehen, sobald Ribbentrop nach Berlin zurückgekehrt sei. Jedenfalls sei die Frage der französisch-deutschen Annäherung mehr als je das politische Tagesgespräch. Tatsächlich habe die „Berliner Börsenzeitung“ keinerlei Bedenken, auf ihrer ersten Seite die Ueberschrift zu drucken: „Laval soll mit Hitler reden“; „Paris und Berlin müssen sich verständigen“.

Umorganisation der Roten Armee

Moskau, 30. November.

Zoeben ist hier eine Maßnahme auf militärischem Gebiet getroffen worden, die die größte Beachtung verdient. Auf Grund eines Erlasses des Volkskommissars für Kriegswesen, Woroschilow, ist ein Kriegsrat ins Leben gerufen worden, der aus 80 Mitgliedern besteht. Den Vorsitz in diesem Kriegsrat führt Woroschilow selbst. Seine Stellvertreter sind die stellvertretenden Volkskommissare für Kriegswesen Tuchatschewski und Gamarin. Tuchatschewski ist bekanntlich der junge Sowjetgeneralfeldmarschall, der im Jahre 1920 während des russisch-polnischen Krieges den erfolgreichen Vormarsch gegen Warschau leitete. Die übrigen Mitglieder des Kriegsrates setzen sich aus dem Chef des Generalstabes, den Armeekommandanten und den Chefs der verschiedenen Spezialwaffengattungen zusammen.

Die Schaffung dieses Kriegsrates wird als ein Beweis dafür angesehen, daß Sowjetrußland sich auf alle Eventualitäten, insbesondere angeht die japanischen und hitlerdeutschen Drohung, vorbereitet.

Haifa als Industriezentrum

Haifa, 10. Nov. Haifa entwickelt sich immer mehr und mehr zum Zentrum der palästinensischen Schwerindustrie. Das nächste große Anbahnungsunternehmen, das dort eröffnet wird, ist das der Palästinensischen Hütten- und Metallwerke (Palestine Foundries and Metal Works Ltd.), die unter der Leitung eines aus Deutschland kommenden Fachmannes, A. Kremener, stehen, der in Deutschland ein großes Unternehmen gleicher Art geleitet hat. Die Anlage ist bereits fertiggestellt. Sie umfaßt eine moderne Gießerei mit Schmelzöfen, ein Eisenwalzwerk und ein Metallwalzwerk. In dem Unternehmen, das den Betrieb demnächst aufnimmt, werden 350 Arbeiter beschäftigt sein. — Die Palestine Electric Corporation arbeitet an der Fertigstellung ihrer neuen großen Transformator-Station in Haifa, die in etwa einem Monat in Betrieb gesetzt werden wird. Neben dem hiesigen Personal werden beim Bau der Station und bei der Aufstellung der Maschinen über 100 Personen beschäftigt.



Für DEUTSCHLAND gegen HITLER

Dreiste Judenhetze an der Saar

Was ist Sozialismus?

Die deutsche Saarstunde sagt es

Da hat man nun bisher geglaubt, Sozialismus sei ein gemeinnütziges planmäßig geordnetes Wirtschaftssystem, eine hochkultivierte klassenlose Gesellschaftsordnung, ein nach höchsten Erziehungsidealen strebendes Menschentum.

Wie hat man sich geirrt! Wie schwer haben sich ein Jahrhundert Denker aller Wissenschaften, Ethiker und Religionsphilosophen das Leben gemacht, indem sie Wege und Ziele des Sozialismus zu erforschen trachteten. Adolf Hilse und die Seinen erfinden dafür den „Sozialismus der Tat“, den man in früheren liberalistischen, marxistischen oder auch christlichen Zeitaltern einfach Wohltätigkeit und Almosen nannte, und schon war der Sozialismus in Deutschland verwirklicht.

Verzerren wir? Ubertreiben wir? Nein!

Was hat uns zum Beispiel am Donnerstagabend die Saarkunde! Sie brachte irgend einen in jeder Beziehung ungeschulten Arbeiter von der Saar an das Mikrofon, und da mußte er erzählen, daß und wie er in Deutschland den Sozialismus gefunden habe, den es sonst in der Welt nicht gäbe, am wenigsten aber im Saargebiet.

Der gute Junge, von Suggestiofragen des Anführers geführt, erzählte also, daß er mit einem Trupp saarländischer Erwerbsloser nach Deutschland eingeladen und dort bei einem „besseren Beamten“ (wörtlich) als Gast einquartiert worden sei, und das sei doch Sozialismus.

Für noch mehr Sozialismus aber hält es dieses Pracht-exemplar eines saarländischen Arbeiters, daß dieser „bessere Herr“ sich sogar mit ihm unterhält, als wäre er seinesgleichen. Das ist dem guten Jungen, wie er flatternd vortrug, bisher nicht vorgekommen, und davon ist er so bezaubert, daß er auf wiederholte dringende Frage bestätigt, in Deutschland sei der Klassenkampf abgeschafft, weil es keine Klassenunterschiede mehr gebe.

Nichts gegen diesen armenlichen Butischen von der Saar, dem die hitlerdeutsche Propaganda nicht um seinetwillen, sondern um ihrer Saaranzahl willen ein paar gute Tage verschafft hat! Er steht aber unter dem geistigen und moralischen Niveau des kämpfenden Arbeiters auf der Stufe des Sklaven, der beglückt ist, wenn ihm sein Herr ein Trinkgeld reicht.

Was aber muß die Welt außerhalb Deutschlands von einem Lande halten, in dem die amtliche Propaganda noch tief unter die Traktatliteratur irgend einer Sekte sinkt. Ein Glück, daß die jetzt drüben Regierenden nicht wissen, welches Maß von feilschem und positivem Wissen die marxistisch geschulten Arbeiter besitzen. So wirkt denn diese Sorte Propaganda gegen den „Sozialismus der dummen Kerle“ und für die Notwendigkeit einer ökonomischen und ethischen sozialistischen Revolution.

Wo bleibt da die ehrliche, freie und unbeeinflusste Abstimmung?

Das auf Veranlassung des Saarkommissars Bärkel von den Nazis gefasste „Westland“ zeigt mit anerkennenswerter Offenheit die Vorgehensweise des Nationalsozialismus. Razi-„Westland“ hat „Stürmer-Niveau“, das sagt alles. Zugleich wird wieder einmal der exemplarische Beweis dafür erbracht, daß die Nationalsozialisten sich um keinerlei Vereinbarungen und Zusicherungen kümmern.

Das Blatt, für das verantwortlich ein gewisser Richard Adt zeichnet, zeigt nichts als eine üble schmutzige Hetze gegen die Anhänger des Status quo, insbesondere gegen die jüdische Minderheit an der Saar. Das Blatt veröffentlicht u. a. eine Liste von angeblichen Anhängern des Status quo. Es handelt sich hierbei ausschließlich um saarländische Juden, die angeblich Geld für die Front des Status quo gezahlt hätten. Zunächst ist die Richtigkeit dieser Angaben zu prüfen. Die Liste enthält nicht nur falsche Adressen und Namen von Toten, sondern auch Namen von saarländischen Juden, die infolge ihrer schwierigen materiellen Lage überhaupt keine Spenden geben konnten. Darüber hinaus aber enthält diese Liste zahlreiche Personen, bei denen das Razi-Blatt nicht angibt, ob sie überhaupt irgendeinen Betrag gezahlt hätten. Ein Uneingeweihter muß sich deshalb die Frage stellen, wozu eigentlich diese Namen veröffentlicht wurden.

Aber das Blatt verrät selbst seine Absicht. Es schreibt:

„Die meisten (von den in der Liste angegebenen Personen) waren von vornherein gar nicht in der Lage, gemäß ihrer Einkünfte für Deutschland einzutreten. Den Deutschen an der Saar sind diese Zeitgenossen (gemeint sind die Juden, d. Red.) im allgemeinen bekannt. ... Wir veröffentlichen aus der Liste die Namen der Anhänger des Status quo, die in einigen Orten des Saargebiets wohnen. ... Man wird wahrscheinlich über die Summen, aber nicht über die Namen erstaunt sein, woraus sich ergibt, daß die betreffenden Zeitgenossen wie bisher ohne Gefahr unter uns leben können.“

Hier handelt es sich um eine nicht einmal verdeckte Aufforderung zum Pogrom. Denn man kann diese Worte nicht anders verstehen, als daß im Falle der Rückgliederung die Zeitgenossen, d. h. die Juden, insbesondere die, deren Namen im Blatte veröffentlicht worden sind, nicht mehr „ohne Gefahr im Saargebiet“ leben können.

Wenn man dazu den Zeitartikel dieses Schmutzblattes liest, der den Titel „Hände hoch“ trägt, wenn man dort in Bezug auf die Juden steht: „Wir ruhen dem entgegen: Hände hoch“, hier wird nicht einfach eine eitle Glosse nach Nordach, Straßburg oder Metz angetrieben, so kann man an dem Sinn der oben zitierten Pogromdrohung nicht mehr zweifeln.

Die Veröffentlichung dieser Liste stellt ferner einen Bruch des Abstimmungsgeheimnisses dar. Eine bestimmte Kategorie von Menschen, die geheim abstimmen sollten, werden nach außen hin als

Anhänger einer bestimmten Richtung gekennzeichnet, wobei diese Richtung, vom Standpunkt des „dritten Reichs“, ein mit dem Tode bestraffter Landesverrat darstellt. Kein Mensch darf, nach den geltenden Bestimmungen, so weit er nicht selbst das tut, im voraus als Anhänger der einen oder anderen Richtung bei der Abstimmung öffentlich angeprangert werden.

Darüber hinaus wird in dem Blatt wiederholt die Anordnung der Abstimmungskommission vom 12. November über das Verbot der Beischimpfung der gegnerischen Abstimmungspartei mißachtet. Auf Seite 5 des Blattes findet man u. a. ein großes Inserat: „Die Saar will den Frieden ohne Verräter und Betrüger, ohne Status quo.“ Immer wieder werden in dem Blatte die Anhänger des Status quo als Separatisten und Landesverräter beschimpft.

Wir sind also schon so weit gekommen, daß hier an der Saar, vor den Augen des Völkerbundes, und trotz aller Verordnungen der Regierungskommission, angekräft eine Pogromhetze inszeniert, die jüdische Minderheit offen nach dem Vorbild von Streicher diffamiert, und das Wahlgeheimnis gebrochen werden kann.

Kann man wirklich unter all diesen Umständen noch der Herausgabe eines solchen Schmutzblattes noch von einer freien und ehrlichen Abstimmung ohne Terror sprechen? Wir verlangen und erwarten, daß in diesem Falle den braunen Herrschern gegenüber ein solches Exempel statuiert wird, daß den Herrschenden die Last an der Pogromhetze verbleibt.

Ein Teil der Auflage des Schmutzblattes ist im übrigen bei Gebrüder Hoyer, A. W. Saarbrücken, gedruckt worden. Wir fragen: Welche Maßnahmen gedenkt man gegen diese Drucker zu treffen, damit die Herren von „Hoyer & Co.“ wissen, daß sie nicht ungestraft jedes Schmier-, Hetz- und Pogromblatt drucken und verbreiten dürfen?

Das Schicksal der Saar-Juden

Genf, 30. Nov. (JTA)

Dr. Nahum Goldmann, Vorsitzender des Comité des Délégations Juives und der Exekutive für den Jüdischen Weltkongress, der vor kurzem in Paris mit dem französischen Außenminister Pierre Laval vor dessen Abreise nach Genf eine längere Unterredung hatte, traf während seines Aufenthaltes in Genf mit dem Vorsitzenden des Rates des Völkerbundes und Außenminister der tschechoslowakischen Republik Dr. Edouard Beneš, mit einem Mitglied der englischen Völkerbund-Delegation, mit dem Völkerkommissar des Auswärtigen der Sowjetunion M. Litwinow, mit dem rumänischen Außenminister Titulescu und mit einer Anzahl anderer Delegierter der Völkerbundversammlung zusammen.

In allen diesen Unterredungen mit den Staatsmännern setzte Dr. Nahum Goldmann u. a. die Notwendigkeit eines internationalen garantierten Schutzes der Rechte der jüdischen Einwohner der Saar für den Fall der Rückgabe Gebiets an Deutschland auseinander.

tischen Persönlichkeiten des Saargebietes geheim gehalten.

Nur uns war der monatelang hinterlistig geführte Angriff gegen unsere Presse eine Prüfung, und wir dürfen heute mit voller Befriedigung feststellen, daß wir diese Prüfung überstanden haben. Nicht wir sind die Blamierten, sondern in erster Linie die Herren Goebbels, Bärkel und Konforten. Diese Herren haben gezettelt, welche Angst sie vor uns haben. Sie haben keine Hoffnung mehr, in einem ehrlichen Kampf gegen uns den Sieg davonzutragen. Deshalb versuchen sie es mit der Niedertracht, Hinterlist und Korruption. Eine Sache, die mit solch widerwärtigen Mitteln vertreten wird und nur mit solchen Mitteln vertreten werden kann, ist eine verlorene Sache. Nicht Hinterlist und Korruption, sondern ehrlicher Kampfwilligkeit und laudbare Gesinnung werden an der Saar siegen. Und das bedeutet, daß wir die Sieger von morgen sind!

schon die deutsche Presse unter der Diktatur steht, warum denn nicht ihr nicht mehr Zurückhaltung diktiert, oder soll das Publikum am Ende gerade deswegen in Atem gehalten werden, weil die Unruhe höherer Orts gewünscht ist? Die deutschen Widersprüche nehmen kein Ende. Eine Artikelserie über das Saarland, die recht aggressiv zu werden vertritt, gibt z. B. der „B. Z. am Mittag“ Anlaß, den Fieseln an die Wand zu malen. Es für alle Möglichkeiten zu Recht verurteilte Bereitstellen einer französischen Division in ihrer Heimatgarnison nennt das Blatt provozierendes „Säbelwackeln“ und wirft die Frage auf, ob aus dem Saargebiet etwa das „Säbelwackeln eines neuen Weltkriegs“ werden sollte. Besonders die Provinzpresse frohst von antifränkischen Verhörmigungen, in Hunderten von Varianten ist Frankreich dargestellt als der böse Geist, der Tag und Nacht nur darauf sinne, wie er deutsches Lebensrecht zu Schanden machen und sich an Deutschland vergreifen könnte. Der Verdacht gegen Frankreich wird übrigens gleich auf die ganze Welt ausgedehnt. Wenn das deutsche Volk alles glaubte, so würde es glauben, was in der gleichgeschalteten Presse steht; dann müßte keine Vorstellung von der Welt eine lächerliche sein. Oder ist es wirklich so, daß an allem Unglück, das Deutschland auch heute trifft, nur die eingeborene Bössartigkeit der anderen schuld ist?

Die nationalsozialistischen Friedensablenkungen und Angebote sind zweifellos ehrlich gemeint, sie müssen es so sein, denn wenn sie vielleicht auch keinen tiefen Kerngründ enthielten, so entkommen sie jedenfalls der Kenntnis der Wirklichkeit, und das ist die gegenwärtige eigene Schwäche. Aber warum dann die ganz anders lautende Bearbeitung des Volkes durch die Presse? Fordert die Taktik den Unglauben der anderen nicht geradezu heraus?

Der Goebbels-Korruptionssumpf an der Saar

Die „Saar-Volksstimme“ bringt einen Artikel über die Zusammenhänge des „Westland“-Verkaufs, dem wir in Ergänzung zu unseren geistigen Ausführungen folgenden entnehmen:

Beder der Verlag noch die Redaktion der „Volksstimme“ hat mit Verkauf von „Westland“ etwas zu tun gehabt. Wir mußten nichts von diesem freigegeben gehaltenen Geschäft, bis die Tatsache des Verkaufes vor 14 Tagen durch einen Zufall bekannt wurde. Da dieser Zufall in der Person des Bevollmächtigten der neuen Besitzer, Herrn Kameloch, vorlag, war, so war es uns von vornherein klar, daß es sich um eine ganz dunkle Angelegenheit handelte, und wir haben von Anfang an die Überzeugung gehabt, daß die Käufer von „Westland“ mit hitlerdeutschem Geld gearbeitet haben. Aus dieser Sachlage ergab sich für uns eine doppelte Aufgabe: Erstens zu verhindern, daß „Westland“ in irgendwelchem nichtgleichgeschalteten und erst recht nicht in unserem Verlage erscheint und zweitens zurückhaltend zu bleiben, bis unsere Überzeugung durch einwandfreie Beweise auch für die breitere Öffentlichkeit belegt wird.

Diese beiden Ziele sind jetzt erreicht. Das „Westland“ ist in einem Verlag der braunen Front erschienen. Die Agenten von Goebbels und Bärkel waren nicht imstande, ihren Auftrag durchzuführen und mußten sich jetzt schon demaskieren. Man braucht jetzt keine komplizierte Beweisführung mehr, die zwar für einen engeren Kreis, aber nicht für die breitere Öffentlichkeit überzeugend wirken konnte. Jetzt sind die Tatsachen da, die absolut klar und eindeutig sind. Unter Ziel war, das niederträchtige und gefährliche Manöver zum Scheitern zu bringen, und das haben wir erreicht.

Die Herren Goebbels, Bärkel und Konforten haben keine einzige von ihren Absichten verwirklicht können. Sie haben einen rheinländischen Separatisten, Weisenberg, als Mittelsmann eingeschoben, um dann behaupten zu können, daß die Anhänger vom Status quo dasselbe sind, wie die rheinländischen Separatisten. Nun ist dieser rheinländische Separatist jetzt formell Besitzer eines Organs der braunen Front und nicht einer hitlergegnereischen Zeitung. Es behand die Absicht, den Eindruck entstehen zu lassen, daß das schmutzige Geschäft mit französischem Geld getätigt worden sei. Jetzt ist es offensichtlich geworden, daß kein französisches Geld, sondern das Goebbelsgeld als Korruptionsgeld an der Saar verwendet worden ist. Es behand die Absicht, „Westland“ solange wie möglich mit seiner bisherigen politischen Richtung erscheinen zu lassen, um dann plötzlich mit großem Krach ummittelbar vor der Abstimmung die angebliche Korruption der Hitlergegner zu enthüllen. Das ist nicht gelungen, dagegen ist der stinkende Sumpf der Goebbelsschen Korruption ans hellste Licht des Tages gebracht worden.

„Noch fünfzig Tage“

Unter dieser Überschrift läßt sich die Basler „National-Zeitung“ aus Berlin berichten:

Berlin, 26. November.

Noch fünfzig Tage trennen uns vom 13. Januar, da das Volk an der Saar sich entscheiden muß, ob es wieder zu Deutschland geschlagen werden will. Die reichsdeutsche Propaganda für diesen Tag ist eine gewaltige. Ihr Echo in der deutschen Öffentlichkeit ist jedoch nicht allzu groß. Das Publikum verhält sich dagegen meistens recht gleichgültig und resigniert. Diese Menschen bedrängt so so mancher, das ihnen viel wichtiger erscheint, als gerade die Frage, ob 700.000 Saarländer wieder deutsche Staatsbürger werden sollen oder nicht. Es ist nämlich nicht ganz so, wie der Pariser Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ schreibt, daß das deutsche Volk, sicher gemacht durch das Dritte Reich, den Ereignissen mit überlegener Ruhe zusehe, während die anderen vor Unruhe, Unsicherheit und Kriegsspannung verzweifeln. Gewiß sind die Franzosen unruhig. Als ob aber die Deutschen sich geborgen fühlten wie in Abrahams Schoß? Man mag nun in Berlin hören wo man will: wer raunt und flüstert nicht alles von kommenden unaufhaltsamen Katastrophen und vom Krieg, den doch fast jeder verabsäumt; denn der seelische Zustand ist im Grunde genau so, wie ihn der Korrespondent des Frankfurter Blattes in Frankreich sieht: ein Publikum, das sich ständig einreden läßt, der Krieg sei auf die Dauer doch nicht zu vermeiden, resigniert endlich, wenn schon, dann in Gottes Namen.

Die Ergebnisse sind scheinbar Unvermeidliche läßt somit auch hierzulande nichts zu wünschen übrig; wohl die meisten sagen sich, mögen die Saarländer abstimmen, wie sie wollen, schließlich kommt alles doch nur schief heraus. Der saarländische Beobachter muß sich immer wieder fragen, wenn

Hitlerismus gegen Katholizismus

Unversöhnliche Gegensätze

Aus dem gleichen, der Idee der Güte abgewandten Denken ist die Norm der kirchlichen Fürbitte zu begreifen. Auf Grund der Weisheiten der Konzilien zu Lyon, Florenz und Trient wurde mit Stimmenmehrheit der Läuterungszustand zwischen dem Leben einerseits und der ewigen Verdammnis bzw. der ewigen Zerstörung andererseits eingeführt und der Kirche die Macht zugesprochen, durch ihre Fürbitte das Purgatorium zum guten Ende zu führen. Entleert man diese Lehre all ihrer Verbrämungen, d. h. nimmt man sie so, wie sie gemeint ist: nämlich nicht als wirkliche Fürbitte und seelisches Gedenken eines Dahingegangenen, sondern als einen Akt, der den Gang der Seele auch nach dem Tode beeinflusst, so haben wir den gewöhnlichsten Zauber glauben, wie ihm die Südvölker noch heute huldigen. Philosophisch betrachtet, haben die Glaubenssätze vom Ablass und der wirksamen Fürbitte (nebst einer Anzahl anderer, von der Lehre vom Sakrament bis zu den heiligen Ölen und wunderbaren Reliquien) auf der Höhe einer Weltanschauung, deren Typus der Medizinmann ist. Der Medizinmann, dessen Gebet Regen bringt oder verhindert, dessen Fluch tödtet, der mit Gott (oder den Göttern) einen Vertrag geschlossen hat, und ihn (oder sie) zu allem zwingen oder doch beeinflussen kann durch zauberhafte Gebärden.

Der Medizinmann als dämonische Figur kann selbständige Denken seiner Anhänger ebenso wenig branden wie ehrverwundenes Handeln. Er muß solacrisch, um seine Stellung zu sichern, das eine wie das andere mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln auszuheilen bemüht sein. Er muß alle allzu menschlichen Ängste und hysterischen Anlagen großzügig überwinden. Er muß Hexenwahn und Dämonenzauber predigen; er muß mit Ander, Feuer und Schwert alles Fortschritt unverbunden, das zu anderen Ergebnissen führen kann, oder gar zur Befreiung von dem ganzen vom Medizinmann gelebten Weltbild. Der Medizinmann muß einen Roger Bacon genau so in den Kerker werfen, wie einen Galilei; er muß das Werk des Kopernikus in Acht und Bann erklären und alle Gedankensysteme zu vernichten trachten, die Ehre, Pfllicht und Männerfreude — also auf hochwertige Persönlichkeit abgeleitete Lehren — als lebensschützende Mächte behaupten wollen. Den Versuch schildern, die zauberhafte dämonische Weltanschauung des Medizinmannes weltpolitisch durchzuführen, heißt römische Dogmen und Kirchengeheimnisse treiben.

Alfred Rosenberg, der vom Führer und Reichskanzler mit der weltanschaulichen Erziehung der Nation beauftragte Theoretiker des Nationalsozialismus in seinem Buche „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“, Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit, 13.—16. Auflage, Seite 172, 173, 174.

Das Buch ist von der nationalsozialistischen Regierung allen Lehrerbibliotheken als geeignet empfohlen und in vielen Fällen auch katholischen Büchereien zwangsweise eingegliedert worden.

Saarkongreß der Jugend

Nur noch drei Wochen, dann findet der Saarkongreß der Jugend statt. Drei Wochen, dann werden in Saarbrücken die Delegierten der gesamten Saarjugend eintreffen. Sie kommen aus den Ausbeutungshöhlen der Könige von Stahl und Eisen. Sie kommen aus den Schwärzen des schwarzen Diamants, aus allen Jugendorganisationen, die für die Freiheit der deutschen Saarjugend sind.

In Saarbrücken wird diese Tagung stattfinden. In Saarbrücken werden wichtige Entscheidungen getroffen werden. Die Saarbrücker Jugend muß an der Spitze dieses Kampfes marschieren.

Deshalb richten wir an alle Jugendgenossen des R.F.D., an alle Mitglieder der Arbeiterjugend und Kulturorganisationen, an alle Jungsozialisten der Gewerkschaften Saarbrückens den Ruf, mit uns eine breite Mobilisierung der Saarbrücker Jugend vorzunehmen. Am Groß-Saarbrücken findet deshalb am Freitag, dem 30. November, 20 Uhr, Restaurant „Zum Tische“, ein Generalsappell der Mitglieder dieser Organisationen statt. Keiner darf bei dem Kampf um die Befreiung der deutschen Jugend versagen. Alle herbei!

Fritz Rifolay, Ernst Braun.

Jessy Wagners Liebesroman in Bordeaux

Von Louis Barthou, Mitglied der „Académie Française“.

Dieses nicht allgemein bekannte Liebesintermezzo Richard Wagners in Frankreich ist dem Buche „La Vie ardente de Wagner“ entnommen, das bei Flammarion erschienen ist.

Frauen haben immer eine große Rolle in Wagners künstlerischem Leben gespielt, das oft nur eins mit seinem Liebesleben war. Vor der Revolution des Jahres 1848 erhielt Wagner in Dresden den Besuch einer Frau Jessie Laussot, einer jungen Amerikanerin, die nach Bordeaux geheiratet hatte. Sie erschien in Begleitung Carl Ritters, der kaum achtzehn Jahre alt war. Beide waren große Bewunderer des „Tannhäuser“, dessen Uraufführung sie beigewohnt hatten.

Frau Laussot hatte bei ihrer ersten Begegnung mit Wagner ihrer Bewunderung und ihrer Sympathie so schüchtern und so reizend Ausdruck verliehen, daß Wagner, der an derartige Huldigungen noch nicht gewohnt war, eine zärtliche Erinnerung daran behalten hatte. Als er in seiner großen Not in Paris, wo ihm nichts gelingen wollte, eine Einladung nach Bordeaux erhielt — man hat ihn, Frau Laussot und deren Familie als deren Gast zu besuchen — nahm er daher aus Neugierde und von weiß Gott welchem Teufel getrieben mit Vergnügen an. Die zweiundzwanzigjährige anmutige junge Frau lebte dort im Hause ihres Gatten, eines Weinhändlers, mit ihrer Mutter, Frau Taylor, zusammen, der Witwe eines englischen Anwalts. Von einem sehr gebildeten Vater erzogen, hatte Jessie viel Interesse für Literatur und Musik. Er hatte sie deutsch gelehrt und sie besaß ausgezeichnete Kenntnisse in der deutschen Literatur. Da sie sehr intelligent war, verstand sie auf Grund dieser Vorbildung

Als die katholische Kirche noch frei war

Wir bringen den Katholiken an der Saar nachstehenden Briefwechsel in Erinnerung. Das kulturpolitische Programm der NSDAP. besteht unverändert, also muß auch der kirchliche Standpunkt noch derselbe sein:

Die Verwaltung der NSDAP. in Offenbach a. M. hat eine Anfrage an die kirchliche Behörde gerichtet bezüglich ihrer Stellung zu ihr und sie hat im Offenbacher vom 2. Oktober 1930 (Nr. 40) veröffentlicht. Der Badische Beobachter vom 5. Oktober zitiert folgende Anfrage und Antwort:

Anfrage an den Bischof von Mainz!

Kapitel: Religion und Politik.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Gau Hessen) Abt.: Presse. Offenbach, den 27. Sept. 1930.

An das

Bischöfliche Ordinariat

Mainz.

Nach einem uns vorliegenden Bericht soll der hochwürdige Herr Pfarrer Weber von Kirchhausen im Verlauf der Predigt, die er im Rahmen des feierlichen Hochamtes hielt und die sich lediglich gegen uns Nationalsozialisten richtete, gesagt haben, daß er auf seine Anfrage beim Bischof erklärt bekommen habe:

1. Jedem Katholiken ist es verboten, eingeschriebenes Mitglied der Hitlerpartei zu sein.
2. Jedem Mitglied der Hitlerpartei sei nicht gestattet, in korporativer Zusammenkunft an Beerdigungen oder sonstigen Veranstaltungen teilzunehmen.
3. Solange ein Katholik eingeschriebenes Mitglied der Hitlerpartei sei, könne er nicht zu den Sakramenten zugelassen werden.

Diese Behauptungen des hochwürdigen Herrn Pfarrers Weber sind so überaus merkwürdig, daß wir in aller Form anfragen müssen, ob der Bischof von Mainz tatsächlich das gesagt hat. Wegen der Dringlichkeit der Sache bitten wir um sofortigen Bescheid!

Mit deutschem Gruß!

gez.: Erich Berger.

Die Antwort

Mainz, den 30. September 1930.

Bischöfliches Ordinariat.

Betr. Stellungnahme zur NSDAP.

— Auf die Anfrage vom 27. September 1930 —

Wir haben dem Pfarrer von Kirchhausen auf seine Anfrage, welche Stellung er gegenüber der NSDAP. einzunehmen habe, die in ihrem Bericht enthaltenen Anweisungen gegeben. Wir mußten die Anweisungen geben, da das Programm der NSDAP. Sätze enthält, die sich mit katholischen Lehren und Grundsätzen nicht vereinigen lassen. Namentlich ist es der Paragraph 24 des Programms, den kein Katholik annehmen kann ohne seinen Glauben in wichtigen Punkten zu verlegen:

1. Paragraph 24 sagt in seinem ersten Teil: „Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden.“ — Wir fragen: Welche religiösen Bekenntnisse gefährden den Bestand des Staates? Es hat eine Zeit gegeben, wo man in Deutschland die katholische Religion für staatsgefährlich hielt; es ist die Zeit des Kulturkampfes, in der sogenannte nationale Kreise die kath. Kirche mit allen Mitteln zu unterdrücken suchten. Daß auch anerkannte Führer der NSDAP. die katholische Kirche zu den staatsgefährlichen Bekenntnissen rechnen, beweist ein Wort von Gottfried Feder (NSDAP.): „Nun, auch wenn sie deutsch geboren werden, die sich aber bewußt zerrührend gegen das deutsche Volk, gegen den Staat, wenden, ihre politischen Befehle vom Ausland empfangen und befolgen (damit sind offenbar die Katholiken gemeint) gehören nicht zur deutschen Schicksalsgemeinschaft, sie können also auch nicht staatsbürgerliche Rechte ausüben, so wenig wie ein Jude, und manchen werden wir noch auszuscheiden haben von der Ehre des deutschen Staatsbürgerrechts“ (das Programm der NSDAP. und seine weltanschaulichen Grundgedanken S. 32).

2. Der Paragraph 24 sagt in seinem zweiten Teil: „Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen.“ — Wir fragen: Was ist Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse? Wie verhält sich dieses germanische Sittlichkeits- und Moralgefühl zur christlichen Moral? Das christliche Sittengesetz gründet sich auf die Nächstenliebe. Die nationalsozialistischen Christenheiler anerkennen dieses Gebot nicht in dem von Christus gelehrt Sinn; sie predigen Ueberhöhung der germanischen Rasse und Ueberhöhung alles Fremdrassigen (s. Programm S. 4 ff.). Diese Ueberhöhung, die bei vielen zu vollendetem Haß der fremden Rasse führt, ist unchristlich und unkatolisch.

— Das christliche Sittengesetz ist ferner allgemein, es gilt für alle Zeiten und für alle Rassen. Es ist deshalb ein großer Irrtum zu fordern, daß das christliche Bekenntnis dem Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse angepaßt werde. Uebrigens entscheidet in Sachen der Religion nicht das Gefühl, sondern Verstand und Wille.

3. Der Paragraph 24 sagt in seinem dritten Teil: „Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden.“ — Wir fragen: Was ist hier unter positivem Christentum zu verstehen? Die Führer der NSDAP. wollen einen deutschen Gott, ein deutsches Christentum und eine deutsche Kirche. Gottfried Feder sagt: „Gewiß wird der christliche Gott eine deutsche Form finden für seine Gotteserkenntnis, sein Gottesleben, wie es sein nordisches Blutteil verlangt, gewiß wird erst dann die Dreieinigkeit des Blutes, des Glaubens und des Staates vollkommen sein“ (a. a. O. S. 40). Was hier gefordert wird, ist nichts anderes als eine deutsche Nationalkirche. Klarer wird dies ausgesprochen von Adolf Jung, dem Mitgründer der NSDAP., Abgeordnetem in Prag, der in seinem Buche „Der nationale Sozialismus“ folgendes ausführt: „Unser Streben lassen wir kurz unter dem Namen Volkskirche zusammen. Wir denken dabei aber keineswegs an die Gründung einer neuen Kirche, noch weniger an den Erlaß des Christentums etwa durch einen erneuerten Bodansglauben. So groß und gewaltig dieser auch war und so sehr wir ihm in der Erinnerung nachhängen, hat er sich doch vor nahezu einem Jahrtausend auch im Norden, seiner letzten Zufluchtsstätte, überlebt und ist dort zum Götterdienst herabgesunken... Wenn wir von einer deutschen Volkskirche reden, so denken wir dabei an eine Verschmelzung der beiden in deutschen Ländern ausgebreiteten Kirchen. Sie müßte im Positiven vom römischen Zentralismus, dem internationalen Geist und dem Alten Testament, diejen wesentlich jüdischen Dingen, bestehen und das Werk deutscher Priester sein, die ihr Volk lieben und von seinem Geiste durchdrungen sind“ (S. 105 ff.).

Durch diese Auffassung von Religion geraten die Nationalsozialisten in eine feindselige Stellung zur katholischen Kirche, weshalb auch von nationalsozialistischen Rednern in Volksversammlungen wiederholt der Gedanke ausgesprochen wurde: „Unter Kampf gilt Juda und Rom“. Bubi hat Hitler in seinem Buch „Mein Kampf“ einige anerkennende Worte über die christliche Religion und katholische Einrichtungen geschrieben, aber das täuscht uns nicht darüber hinweg, daß die Kulturpolitik des Nationalsozialismus mit dem katholischen Christentum im Widerspruch steht.

Vorstehende Ausführungen geben Antwort auf die Fragen: Kann ein Katholik eingeschriebenes Mitglied der Hitlerpartei sein? — Kann ein katholischer Pfarrer gehalten, daß Mitglieder dieser Partei korporativ an kirchlichen Beerdigungen oder sonstigen Veranstaltungen teilnehmen? — Kann ein Katholik, der sich zu den Grundsätzen dieser Partei bekennt, zu den heiligen Sakramenten zugelassen werden? Wir müssen dies verneinen.

Dr. Maier

An die
Geschäftsstelle der Verwaltung der NSDAP. (Abt. Presse)
Offenbach a. M.
Friedrichstraße 30.

Schornalstik

Wie wirkliche „Greuelmärchen“ entstehen

In Saarbrücken erscheint als Organ der „deutschen Front“ ein „Abendblatt“, das am 20. November folgenden Notruf in eigener Sache veröffentlicht:

Am 28. August haben sich auf der Geschäftsstelle des „Saarbrücker Abendblatt“ telefonisch einige Zeugen gemeldet, die gesehen haben wollen, daß am vorausgehenden Abend am Malbacher Markt Flugblätter für die Salsbacher Rundgebung aus dem Wagen des Ueberfallkommandos fielen. Diese Zeugen, und sonstige Personen, die sachdienliche Angaben machen können, werden gebeten, sich sofort bei Herrn Rechtsanwalt Dr. Böhrer, Bahnhofstraße 52, Telefon 200 76, nach Büroschluß 21 49, zu melden.

Mithin Tatbestand: Im August hat dieses Organ der „deutschen Front“ behauptet, aus einem Wagen des Ueberfallkommandos seien Flugblätter für die bekannte Salsbacher Rundgebung der Einheitsfront geworfen worden.

Jetzt, drei Monate später, sucht das Blatt „schon“ Zeugen für seine Behauptung, die es auf Grund des Telefonanrufes irgend eines Anonymus in die Welt gesetzt hat, und auch diese Wahrheitsforschung erfolgt nur aus Angst vor dem Staatsanwalt.

war er entsetzt? Er war Jessie sehr nahe gekommen, obwohl seine Briefe an seine Frau Minna dies nicht in vollem Umfang zugehen.

Um Frau Ritters und Frau Laussots Absichten zu revidieren, sagte Wagner seiner Frau, sie würden nun über genügend Geld verfügen, um ruhig und bequem leben zu können. Sie wollte jedoch etwas anderes. Obwohl Wagner ihr erklärt hatte, daß „nur seine Kunst all das veranlaßt hatte“, vermutete sie mit ihrem weiblichen Instinkt, daß ihr Mann und Frau Laussot nicht nur durch die gemeinsame Liebe zur Musik miteinander verbunden seien, sondern daß sie zusammen, wenigstens bis zu einem gewissen Punkt, die Musik der Liebe gesungen hätten. Sie hatte nicht unrecht. In ihrer Ehe unglücklich, verwundet in ihrer Würde und enttäuscht in ihren Idealen, hatte Frau Laussot in ihrer Ehe nicht die Befriedigung gefunden, auf die ihr künstlerischer Geschmack Anspruch zu haben glaubte. In Dresden hatte Wagner auf sie starken Eindruck gemacht, und auf diesen Eindruck war auch die an und für sich unvorhergesehene Einladung nach Bordeaux erfolgt. Ihr tägliches Beisammensein, die vielen Stunden, die sie miteinander verbrachten, das gemeinsame Lesen von Büchern oder das gemeinsame Musizieren, die Anziehungskraft eines allmächtigen Genies, das, seiner selbst, seiner Zukunft und seines Ruhmes sicher, von Kraft und Begeisterung überströmte — alle diese Dinge hatten sie erobert und die Liebe, eine leidenschaftliche Liebe, erfaßte ein Herz, das den Verführungen der Kunst bereits ergeben war.

Und Eugen Laussot? Und Minna Wagner? Es sieht danach aus, als ob Frau Laussot den Entschluß gefaßt hatte, einen Gatten, den sie nicht liebte, ganz seinem Geschäft zu überlassen. (Schluß folgt.)

Aus dem Zellengefängnis

Briefe aus bewegter, schwerer Zeit 1848-1856

Otto
von
Corvin

Zu den interessantesten Gestalten der Revolution von 1848 gehörte Otto von Corvin. Er wurde 1812 in Gumbinnen in Ostpreußen als Sohn eines Postdirektors geboren. 1830-35 diente er als preussischer Leutnant erst in Mainz, dann in Saarlouis. Nachdem er seinen Abschied genommen, nahm der geistig vielseitig interessierte junge Mensch an den Bewegungen des Vormärzes lebhaften Anteil — als leidenschaftlicher Republikaner und Demokrat. 1848 kämpfte er in den Reihen der Aufständischen in Baden. Im Mai 1849, als die Gegenrevolution die Oberhand gewann, verteidigte er als Bürgerwehroberst Mannheims die Stadt gegen die Preußen. Als Chef des Generalstabes suchte er dann die Festung Rastatt zu halten. Nach ihrer Uebergabe wurde er standrechtlich zum Tode verurteilt, kurz vor der Erschießung zu sechsjähriger Festungshaft begnadigt.

In seinen „Erinnerungen“ schildert er, wie diese Begnadigung eintraf, als schon alles für die Erschießung vorbereitet war. Diese sechsjährige Festungshaft hat er bis zur letzten Stunde abbußen müssen. Er hat in diesen Jahren viel gelitten. Aber liest man die Briefe, die er an seine Frau geschrieben hat, so wird man finden, daß der damalige Strafvollzug (für einen Rebellenführer, der mit der Waffe ergriffen wurde!) immer noch human war, verglichen mit den Zuchthäusern, Gefängnissen und Konzentrationslagern, in die achtzig Jahre später das „dritte Reich“ seine Gesinnungsgegner sperrt. Wir veröffentlichen eine größere Anzahl der Briefe Corvins. Sie sind seinem längst vergriffenen, 1884 erschienenen Buche „Aus dem Zellengefängnis“ entnommen. Es sind menschliche Dokumente von tragischer Größe und mit bemerkenswerten Einblicken in die politische Situation nach 1848 darunter. Vor allem den Briefwechsel mit seiner Frau wird jeder Mitfühlende mit tiefer Anteilnahme lesen.

Otto von Corvin hat nach seiner Entlassung eine vielseitige schriftstellerische Tätigkeit ausgeübt. 1861 erschienen seine vierbändigen „Erinnerungen“. Die Reihe seiner Geschichtswerke ist lang. Am bekanntesten ist er durch den „Pfaffenspiegel“ geworden, der in den weltanschaulichen Kämpfen der Vorkriegszeit eine gewisse Rolle spielte. Im Jahre 1886 endete sein reiches und abenteuerliches Leben.

(Schluß)

Sechs Jahre sind vorüber . . .

Bruchsal, 28. Januar 1855.

Meine liebe Helene!

Ich bin förmlich ängstlich, Dir zu schreiben, da ich stets fürchten muß, Dich zu verlegen, ohne auch nur im mindesten die Absicht zu haben; doch muß ich Dir endlich wohl glauben, daß meine Briefe verlegt sind. Du solltest indessen berücksichtigen, daß diese nichtwürdige Luftheizung mich in einem beständigen Fieber erhält und mich so reizbar macht, daß eine Kleinigkeit mich zum Explodieren bringt. Ich kann diese Stimmung allerdings bekämpfen; allein eine solche Zwangsjacke ist lästig — doch schlimmer ist es, Dich zu kränken. Eine „innere Unzufriedenheit“ setzt Du bei mir ganz willkürlich voraus; ich bin nur ungeduldig und etwas tragen dazu Deine Briefe bei, die ich stets mit solcher Sehnsucht erwarte. Seit Du in Deiner jetzigen Stellung bist, hast Du mir kaum einen Brief wie sonst geschrieben. Die Hälfte Deiner Briefe geht darauf hin mir zu sagen, daß und warum Du mir nicht schreiben kannst. Es ist doch eine traurige Sklaverei, wenn Du im Monat nicht ein oder zweimal einige Stunden erübrigen kannst, um Deinem gefangenen Mann die einzige Freude zu verschaffen, welche in Deiner Macht steht . . .

Es ist weise, die Vorurteile der Menschen zu berücksichtigen, groß sie zu bekämpfen, klug sie zu benutzen, allein töricht, sich von ihnen beherrschen zu lassen. Das tust Du aber und besonders dadurch, daß Du dem Geld einen so entseghichen hohen Wert beilegst, d. h. ich meine moralischen Wert. Ohne alle Skrupel läßt Du einen Freund, um Dir zu dienen, sich die Sohlen ablaufen; allein einige Gulden zu borgen — bewahre! Welche Mühe, welches Verdienst hat der, welcher Dir Geld borgt? — vorausgesetzt, daß er Geld übrig hat und es sich nicht etwa sauer verdienen mußte. Er geht an sein Pult, oder schreibt eine Anweisung; das ist die ganze Herrlichkeit. Freunde wären die unnützigsten Geschöpfe, wenn man sie nicht benutzte, denn wozu sollen sie es denn zeigen, daß sie Freunde sind? Du wirst vielleicht sagen, das sei ganz gut, wenn man in der Lage sei, ähnliche Freundschaftsdienste ebenfalls zu leisten. Wer kein Geld hat bezahlt weit nobler, durch persönliche Dienste. Noch weniger Skrupel mache ich mir, Geld unter diesen Umständen von Freunden zu nehmen, welche Parteigenossen sind. Sie bezahlen dadurch ihre Schuld sehr billig, während ich Leben und Freiheit mehr wie einmal eingesetzt und letztere nun so lange verloren habe. Frage einmal ??? oder ??? oder irgend einen andern, der Geld hat, wie viel Geld er sechs Jahre Zuchthausstrafe, die er selbst absitzen soll, gleich stellt? — Der Plan von Dir, in Europa zurückzubleiben, um Reisegeld für Dich zu verdienen, ist sehr töricht. Erstlich fragt es sich, ob das Unternehmen glückt und jedenfalls würde mehr als ein Jahr darüber hingehn! Und Du könntest wirklich nach sechsjähriger Trennung den Gedanken fassen, noch so lange Zeit von mir getrennt zu leben? — Und Du liebst mich, sagst Du! — Ich fühle, daß, wenn wir uns in dieser Weise trennten, dies eine ewige Trennung wäre und da ich Dich liebe, so gehe ich unter keinen Umständen ohne Dich nach Amerika . . .

Den 29. morgens. Ich hab' schon Opiumtinktur gefrühstückt. Das jetzt eingeführte Sparsystem ist zum Verzweifeln! Mit Gesundheit, Fleisch und Blut muß ich dasselbe unterstützen. Dies ist nun der sechste Winter, den ich hier bin und nie hatte ich mich über Kälte besonders zu beklagen. Jetzt heizt man mit Steinkohlen und erspart ungeheuer viel; allein die Gefangenen haben nur Nachteil davon. Zunahme an Schmutz und gelegentlichen Schwefeldunst und Abnahme der Wärme. Es läßt sich sehr gut warm machen, wenn nicht immer noch mehr erspart werden sollte. Beschwerden über Dinge, welche die Ökonomie tangieren, helfen, wenn sie helfen, nur ruckweise; denn Sadrach, Mesach und Abednego, wie auch der Oberaufseher — nicht Kornmeier, den Du kennst, sondern der Sparmeier — sind förmlich Fanatiker im Sparen und es gibt nichts Schauliereres als einen Geizhals. — . . .

Der Freund schreibt . . .

Rosenau bei Coburg, 17. September 1855.

Mein lieber, guter Corvin!

Die Freudenbotschaft läuft in diesem Augenblick durch die Zeitungen, daß Sie endlich freigesprochen und entlassen wären. Gott gebe, daß es wahr ist, und nehmen Sie dann meinen herzlichsten Glückwunsch dazu an. Es war eine schwere,

schwere Zeit, die Sie durchgemacht haben, mein guter Corvin, aber daß Sie in stande waren es zu überdauern, daß Ihr Körper es aushielt, daß Ihr Geist frisch dabei blieb, mag Ihnen auch eine große Beruhigung für die Zukunft gewähren. Viel — unendlich viel haben Sie dabei Ihrer wackern Frau zu danken — vergessen Sie es ihr nie.

Die Zeitungen sagen, daß Sie Ihre Freiheit nur unter der Bedingung erhalten hätten, nach Amerika auszuwandern. Das ließ sich übrigens denken, doch würde der Aufenthalt in Deutschland auch wenig Verlockendes für Sie geboten haben. Wohin aber gedenken Sie jetzt sich zu wenden? Die Vereinigten Staaten bieten wenig Verlockendes für Sie, denn die dortigen deutschen Redakteure und Buchhändler zahlen kein Honorar, und für wirkliche Arbeit ist Ihr Körper doch jetzt, so kräftig sich auch der Geist gehalten haben mag, jedenfalls für die ersten Jahre geschwächt. Allerdings bietet das tätige geschäftliche und mannigfaltige Leben in den Vereinigten Staaten unendlich viel verschiedene Hilfsquellen, die der Unternehmende ergreifen und ausbeuten kann, aber man muß endlich praktisch dazu sein und Sie, mein guter Corvin, werden sich wohl erst wieder in das Leben und die jetzigen Verhältnisse hineindenken müssen.

Wenn ich selber jemals auswandere, gehe ich auf keinen Fall nach den Vereinigten Staaten, sondern entweder nach Chile — da ist aber sehr schlechte Jagd — oder nach Costa Rica, was eine große Zukunft hat.

Was haben Sie denn jetzt zu unseren politischen Verhältnissen gesagt, Frankreich und England verbündet gegen Rußland im Krieg nicht wahr, das ist nicht übel. Ja, was man nicht alles erlebt, wenn man alt wird. Deutschland bleibt aber nichts desto weniger im alten Schlendrian, und die deutschen Regierungen sind eben eifrig bemüht, den Zustand, wie er vor 48 war, noch mit einigen von ihren Verbesserungen wieder herzustellen. Mühsam schleppen sie die Kugel wieder auf den Berg und bedenken nicht, daß sie, wenn auf dem alten gefährlichen Punkt angelangt, sehr wahrscheinlich wieder ins Tal hinabrollen wird.

Von Ihrer lieben Frau habe ich endlich lange nichts gehört und weiß nur, daß sie sich wieder in Berlin aufhalten soll. Ich kann diesen Brief jetzt auch gar nicht anders adressieren, als durch Herrn Baumann, der ihn wohl freundlichst besorgen wird, denn hoffentlich haben Sie doch das entseghiche Buchsal schon verlassen. Lieber Gott, wie wunderbar wohl muß Ihnen zumute gewesen sein, als sie wieder den lieben blauen Himmel frei und weit sich ausspannen sahen.

Reichsbischof Müller

Wie einer ist, so ist sein Gott,
Drum ward Gott so oft zu Spott.

(Goethe)

Die Kerkerstrafe ist doch eigentlich das Teufelische was sich der menschliche raffinierte Geist ersonnen hat, seine Mitmenschen zu quälen, und doch halten sie wieder die Leute für humaner als die Todesstrafe — warum können wir nicht alle friedlich nebeneinander wohnen. Adam soll doch der Henker holen, daß er in den Apfel gebissen hat, der ist an allem schuld.

Diesen Herbst habe ich wieder eine kleine Jagd im Thüringer Wald gemacht. Auf dem Oberhof und in Reinhardtbrunn. Auf dem Oberhof habe ich einen Zwölf-Ender geschossen und in Reinhardtbrunn vier Rehböcke. Mit der Hühnerjagd ist's aber dies Jahr gar nichts. Die Hühner sind fast alle in dem strengen Winter draufgegangen, und die paar, die noch da sind, muß man schonen.

Wenn gehen Sie denn aber, wo halten Sie sich indessen auf, und ist Ihnen ein Ort vorgeschrieben, in dem Sie jetzt bleiben müssen oder können Sie hin, wohin Sie wollen? — Schreiben Sie mir doch wenigstens ein paar Zeilen darüber, denn ich freue mich jetzt ordentlich darauf, einen Brief von dem frei gewordenen Corvin zu lesen. Sie können nicht glauben, wie weh es mir war, frei und froh draußen auf der Jagd herumziehen zu können, und Sie indessen im Kerker, hinter Eisenstäben zu wissen; Gott sei Dank, daß die Zeit vorbei ist.

Lassen Sie sich nur um Gottes Willen nicht wieder mit Held ein — er ist ein entseghlicher Lump.

So jetzt in der Hoffnung recht bald und recht gutes von Ihnen zu hören, zeichnet sich in alter Freundschaft

Ihr

Fr. Gerstäcker.

Der letzte Gefängnisbrief an die Frau

Bruchsal, 27. Sept. 1855.

Ich borge mir von dem nächsten Monat einen Brief, um Dir zu schreiben, da Du einen Brief erwartest, allein was soll ich Dir schreiben? Ich freue mich, daß Du wieder wohl bist und daß ich Dich wenigstens jedenfalls wiedersehe, wenn auch vielleicht nur für Augenblicke hinter dem miserablen Gitter. Schließe nicht aus meiner nüchternen Ausdrucksweise, daß ich mich nicht recht sehr freue. Ich freue mich wirklich so als es mir noch möglich ist; allein durch das einige Ankämpfen gegen moralischen Schmerz, wie auch durch körperliche Schwäche wird der Geist abgestumpft und es fängt allmählich die Gleichgültigkeit gegen alles, was geschieht, an Raum zu gewinnen; eine Gleichgültigkeit, welche man erfahrungsmäßig bei solchen Gefangenen gemacht hat, die lange einsam sitzen, und gegen die ich mich mit Hand und Fuß gestraubt habe. Man bleibt eben ein Mensch. Alles das wird sich jedoch bald wieder finden, wenn ich jetzt frei werden sollte und wenn nicht, dann werde ich diese Gleichgültigkeit mit dem Entschluß abschütteln, das Ende meiner Gefangenschaft wenigstens ungefährdet im Geist zu erleben. Komme ich, so werdet Ihr Nachricht mit mir haben müssen . . .

Wenn Du kommst, wirst Du mir allerlei für den Winter mitbringen müssen, nämlich folgendes: . . .

Alles weitere mündlich. Lebe wohl! Grüße alle in Frankfurt und komme mit heiterem Gesicht, was auch geschehe. Acht Monate werden auch vorüber gehen . . .

Ich ziehe es vor, den Brief allein gehen zu lassen. Ein Paket reist langsamer und ich kann mir denken, in welcher Ungeduld und Aufregung Du Aermste nun fortwährend bist. Grüße die kleine Minna und die Eltern. Nochmals herzlichen Gruß und Kuß. —

Auf der Rückseite des Briefes.

Vorgestern hatte ich einen Besuch von dem Polizeipräsidenten von Hinkeldey aus Berlin, der die Anstalt besah. Er interessierte sich dafür zu wissen, was ich zu tun beabsichtige, wenn ich frei würde.

Fr. Gerstäcker an Corvin

Hinterriß in Tirol, 17. Okt. 1855

Mein lieber, guter Corvin!

Den herzlichsten Glückwunsch Ihrer endlich gewonnenen Freiheit. Sie glauben nicht wie ich mich darüber gefreut habe. Ihren Brief erhielt ich oben auf dem Pirschhaus auf der Alm in den Tiroler Alpen, wo ich mit dem Herzog von Coburg und Mr. Barner, den Sie auch wohl kennen, kampiere, und eben von der Jagd mit einem erlegten jungen Gemshock zurückkehrte.

Schönen Sie sich nur recht in der ersten Zeit und trauen Sie sich nicht zuviel gleich zu, denn der erste Genuß der Freiheit könnte Ihnen sonst mehr schaden als es die jahrelange schwere Haft getan. Sie wissen, daß das Wild oft den schwersten Winter glücklich überdauert, und im Frühjahr beim vollen Genuß des grünen Futters eingeht. Lassen Sie sich das als alter Jäger eine Warnung sein. Wenn Ihr Geist auch nicht gelitten hat, der stärkste Körper muß darunter leiden. Daß Ihre arme Frau geistig so angegriffen ist, erklärt sich leicht — sie hat mehr ertragen wie Sie, und Sie werden ihr in Ihrem ganzen Leben nicht genug danken können. Sie hat sich musterhaft betragen und die Bewunderung und Achtung aller derer im höchsten Grad erworben, die näher konnten kennen lernen, wie sie eigentlich getan und wie sie es getan.

Ich habe dem Herzog gesagt, daß ich einen Brief von Ihnen bekommen hätte und daß Sie frei wären. Er freute sich darüber und trägt Ihnen keinen Groll mehr nach.

Was nun Ihr Buch betrifft, so bin ich fest überzeugt, daß jeder Buchhändler gute Geschäfte damit machen würde. Keil wird es freilich nicht nehmen können, da er von der Sächsischen Polizei, die jetzt in Preußen weit strenger ist als die österreichische, sehr überwacht wird. Mein Verleger ist jetzt Hermann Costenoble, ein unternehmendes und ehrliches Männchen (er ist nur ungefähr 4 Fuß hoch). Wenden Sie sich einmal an den, und wenn Sie es wünschen, will ich selber an ihn schreiben, obgleich das wenig Einfluß haben würde. Um Gottes Willen lassen Sie sich nicht mit ??? ein — ich habe ein Haar darin gefunden und wenn er Ihnen 1000 Exemplare zu drucken versichert, druckt er drei. Ich habe überhaupt in den Jahren mancher häßliche Erfahrung mit Buchhändlern gemacht.

Nehmen Sie aber einen Rat von mir an, mein lieber Corvin; schreiben Sie Ihr Buch so, daß Sie sich den künftigen Aufenthalt in Deutschland nicht unmöglich machen. Es ist erklärlich, daß Sie manches, nach den gemachten Erfahrungen bitterer schildern würden, als nötig ist, tun Sie es nicht. Wer weiß, ob Sie sich nicht später gern mit der Feder wieder Ihre Existenz in Deutschland gründen können, verarmeln Sie sich nicht selber jetzt dazu den Weg, tun Sie es Ihrer Frau wegen nicht, der ich eine Uebersiedlung nach Amerika keineswegs wünschen möchte.

Was mein jetziges Leben betrifft, so geht es mir Gott sei Dank recht gut. Wenn ich fleißig bin, verdiene ich mir ganz hübsches Geld, leider bin ich aber in das Bummeln geraten, und besonders im letzten Jahr fast mehr auf Reisen als zu Hause gewesen. Ich bin jetzt ein Jahr in Coburg und in der Zeit schon siebenmal auf 2 und 3 Wochen fort gewesen, so daß meine Frau schon behauptet, ich hätte nur mein Absteigequartier auf der Rosenau. Mit Coburg komme ich gar nicht zusammen und habe mir die Leute vollständig fern gehalten, das ist das allerbeste. Ich bin auch im letzten Jahr, wenn ich alles zusammenrechne, kaum 24 Stunden in Coburg gewesen.

Doch jetzt ade, mein lieber, guter Corvin, grüßen Sie mir Ihre liebe Frau recht herzlich; wie innigen Anteil ich an Ihrem beiderseitigen Schicksal nehme, wissen Sie ja überdies. Auch Ihre lieben Verwandten grüßen Sie mir auf das Freundlichste und gedenken Sie mit der alten Liebe manchmal Ihres

Ihren treu ergebenen

England und das indische Problem

O. G. London, Ende November 1934.

Die Hochzeit

Zwei Dinge sind es, die heute die englischen Menschen beschäftigen. Die politisch Uninteressierten sprechen von der Prinzenhochzeit. Man kann sich kaum vorstellen, welch ein Gallo um dieses wahrhaftig doch nicht welterschütternde Ereignis gemacht wurde. Für Plätze in der Nähe der Kirche, wo die Trauung stattfindet, wurden Fantasiepreise bezahlt. Alle Zeitungen, auch die ernsthaftesten, widmeten täglich Spalten und zahllose Bilder diesem Ereignis. Seit der Krönung des gegenwärtigen Königs gab es in England keinen solchen Trubel. Überall prangt das Bild der griechischen Prinzessin Marina, die demnächst Herzogin von Kent sein wird. Warum dieser Trubel? Es ist schwer zu sagen. Ist es, weil Marina eine lebenslustige Prinzessin ist, während bisher die Kinder des königspaares „nur“ englische Adlige geheiratet haben? Ist es, weil die Verlobung in eine politisch tote Zeit fiel und so die Aufmerksamkeit auf sich konzentrierte? Tatsache ist, daß alles sich um Marina dreht, daß Menschenmassen stundenlang stehen, um nur einen Blick auf sie werfen zu können.

Das Verhältnis zur größten Kolonie

Die politisch Interessierten freilich haben andere, wichtigere Sorgen. Neben der Außenpolitik, die genug Rätsel zu knäuen gibt, steht heute die Frage Indiens im Vordergrund. Es gilt das zukünftige Verhältnis zu dieser größten und wichtigsten Kolonie zu regeln. Die kommende Parlamentstagung, die über Indien zu beraten und zu beschließen hat, wird historisch sein.

Die englische Staatsmannskunst ist geradezu sprichwörtlich geworden. Immer haben es die Engländer verstanden, scheinbar unlösbare Probleme mit leichter Hand zu lösen. Seit die Vereinigten Staaten von Amerika sich gewaltsam vom Mutterlande lösten, hat die englische Politik es verstanden, rechtzeitig die Fesseln zu lockern und so das Weltreich zu erhalten. Und auch mit den Vereinigten Staaten verbindet das Britische Weltreich heute eine herzliche Freundschaft. Zuerst gab England der Kolonie Kanada volle Selbstverwaltung im Rahmen des Weltreichs, dann Australien und Neuseeland, und nur wenige Jahre nach dem blutigen Burenkrieg rückte die Südafrikanische Union zum gleichberechtigten Partner des Weltreichs auf. Und auch die Iren wurden direkt vom Schlachtfeld des Bürgerkrieges zum Verhandlungstisch gebeten. Ob das irische Experiment glücken wird, ob es hier nicht doch zu spät war, läßt sich heute nicht endgültig sagen, hier sind die Dinge noch im Fluß. Und doch — all diese Fragen waren einfach, verglichen mit dem Problem Indien. Bei den anderen Kolonien handelte es sich um dünnbesiedelte Gebiete mit ein paar Millionen Einwohnern. Es handelte sich um Gebiete mit relativ einheitlicher Kulturstufe und mit englischer oder doch verwandter Bevölkerung. Indien dagegen hat achtmal soviel Einwohner wie England, es hat eine Bevölkerung mit durchaus uneinheitlicher Kulturstufe, eine Bevölkerung, die ihrer Wesensart nach von den Engländern so verschieden wie nur möglich ist. Es handelt sich um ein Land, das nur teilweise von Engländern verwaltet wurde und teilweise von selbstständigen Fürsten, die in einem Vasallenverhältnis zum englischen König (Kaiser von Indien) standen — und auch diese Fürsten regierten ihre Länder wieder nach verschiedenen Gesichtspunkten, es gibt alle Schattierungen von der Despotie zur Halbdemokratie. Die indische Bevölkerung ist zum großen Teil analphabetisch, tief zerklüftet durch Religionsgegensätze (Hindu-Moslem), die oft zu blutigen Ausbrüchen führen, teilweise zerrissen durch das altüberkommene Kastensystem, bedroht durch Raubzüge der kriegerischen, wilden Stämme an der Nordwestgrenze. Und dazu kommt — gerade Sozialisten dürfen das nicht vergessen — daß Indien das wertvollste Ausbeutungsofeld Englands war, das Land, dem nicht zuletzt England seinen Reichtum verdankt; auch der relativ hohe Lebensstandard der englischen Arbeiterklasse beruht zum Teil auf der Ausbeutung Indiens. Gewiß, die englische Verwaltung in Indien hat neben der Ausbeutung auch wertvolle Kultur- und Erziehungsarbeit geleistet, aber die Aufgabe der Ausbeutung bleibt dennoch bestehen. Jetzt aber handelt es sich darum, die ausgebeutete Kolonie, mit ihren vielen Problemen, zum Partner im Weltreich zu machen.

Tempo und Methoden

Es ist klar, daß die Dinge nicht so einfach liegen wie bei Kanada oder Australien oder auch Südafrika. Nur schrittweise läßt sich das Ziel erreichen. Darüber ist man sich in England einig. Nicht einzig ist man sich über Tempo und Methoden. Zu Beginn des Jahrhunderts wurden einige Notabeln mit beratender Stimme an der Verwaltung und Gesetzgebung Indiens beteiligt. Nach dem Kriege wurde in der sog. Montague-Chelmsford-Reform der erste wirkliche Schritt vorwärts gemacht. Es wurden in den Provinzen und an der Zentrale Britisch-Indiens (in den Fürstentümern blieb alles beim alten) Parlamente geschaffen. Aber nur ein winziger Bruchteil, hauptsächlich auf Grund von Besitz und Bildung, hatte das Wahlrecht. Daneben wurde noch ein Teil der Parlamentsmitglieder von der Regierung ernannt. Und diese Parlamente hatten wieder nur eine recht begrenzte Zuständigkeit. Die wichtigsten Gebiete wie Finanz, Armee, Außenpolitik, Polizei waren ihrer Kontrolle entzogen. In allen Streitfällen hatten die Provinzgouverneure oder der Vizekönig das entscheidende Wort. Dieses System der gespaltenen Verantwortung hat sich nicht bewährt.

So begann man denn 1927 — nicht zuletzt unter dem Einfluß der wachsenden Nationalbewegung unter Gandhis Führung — an eine neue Reform zu denken. Es wurde eine Kommission ernannt, die unter dem Vorsitz des jetzigen Außenministers Simon stand. Sie sollte Reformvorschläge machen. In dieser Kommission war kein Ander. Indien honkottierte daher die Arbeit der

Die Reaktion dringt vor

Kein Zeitungszwang für Beamte

Wie aus Mitteilungen in der Presse hervorgeht, wird in einem Rundschreiben des stellvertretenden Beamtenführers, Stabsleiter Reusch, an die Gliederungen des Reichsbundes Deutscher Beamten erklärt:

Nach einer Zusage der Reichsleitung der NSDAP, Reichsleiter für die Presse, wird stellenweise von Amtswaltern des Reichsbundes der Deutschen Beamten auf die Beamtenschaft ein harter Druck zum Bezuge bestimmter Tageszeitungen ausgeübt. Ein derartiges Vorgehen ist durch die Anordnung des Präsidenten der Reichspressekammer vom 18. Dezember 1933 und die Verfügungen des Stellvertreters des Führers vom gleichen Tage und vom 10. Januar 1934 verboten und wird mit Ausschluss aus der Partei bedroht.

In der Anordnung des Präsidenten der Reichspressekammer heißt es u. a.: „Eine „Verpflichtung“ zum Bezug bestimmter Zeitungen ist nicht zulässig, besonders nicht durch Anordnung oder Befehle.“

Ebenso wenig darf eine Kontrolle über den Bezug bestimmter Zeitungen ausgeübt werden.“

In der zu dieser Anordnung ergangenen Verfügung des Stellvertreters des Führers“ heißt es u. a.: „Alle Parteigenossen, gleichgültig in welchen politischen oder wie immer gearteten Organisationen sie tätig sind, sind verpflichtet, dieser über Fragen des Pressewesens ergangenen Anordnung innerhalb ihres Arbeits-

bereichs nachzukommen. Ich ersuche daher, jede Tätigkeit in der vorkiehend angegebenen Richtung unbedingt zu unterlassen.“

Abbau der SA-Kommissare

Zur Frage der Kommissare bei den Gemeinden und Ämtern hat der Reichs- und preussische Innenminister Dr. Frick eine neue Verfügung herausgegeben. Darin heißt es, daß zur Zeit noch eine Reihe solcher Beauftragter in den Gemeinden und Ämtern tätig sei, die bereits vor Bekanntgabe früherer Runderlasse über die Kommissare von den Aufsichtsbehörden berufen worden waren. In den früheren Erlassen war schon gesagt, daß eine Bestellung von Beauftragten nur noch in ganz besonderen Ausnahmefällen stattfinden solle.

Minister Dr. Frick ermahnt nunmehr die Regierungspräsidenten, alsbald festzustellen, in welchen Fällen noch jetzt Beauftragte in den Gemeinden und Ämtern tätig sind. Es sei dann zu prüfen, ob die Aufrechterhaltung dieser Beauftragten noch unerlässlich und rechtmäßig sei. Unter Hinweis auf die einschränkenden Vorschriften über die Kommissare wünscht der Minister, daß die Regierungspräsidenten auf die Befestigung der nicht mehr erforderlichen und zulässigen Beauftragten hinwirken. Es ist dem Minister zu berichten, in welchen Fällen die Beauftragungen weiterhin bestehen bleiben müssen.

„Kraft durch Freude“

Im Urteil der Schweiz

Man schreibt uns aus Bern:

Wir hatten Gelegenheit, gestern gegen 8 Uhr abends von Bern eine Veranstaltung der „Kraft durch Freude“ mit Freude anzuhören. Zuerst sprach jemand (es hätte wohl besser sein können) im allgemeinen über die große Freude, die man jetzt in Deutschland an der Arbeit hat. Dann kam Herr Pen und versicherte nochmals, daß der „Führer“ den Deutschen erst die Arbeit schmackhaft gemacht hat, und zum Schluss, nach Musik und Gesängen, kam Herr Pen. Ich habe Herrn Pen zum ersten Male am Vortisch gesehen und würde es mich doch interessieren, ob er dieses Mal nichtern war, denn so wie der Mann gesprochen hat, kann nur ein „Angestrichelter“ zum Volk sprechen. Nicht nur, daß er stotterte und viele Worte erst zwei- oder dreimal aufeinander mußte, er hat sich sogar „gerülpst“, also aufgehoben. Wir haben hier die größte Freude gehabt und uns in ein Varietée verlegt gefühlt. Daß sich das die Leute bieten lassen! Na, der Beifall bei allen drei Herren war gegen früher einigen Tugend Personen vornehmlich, ist kaum zu glauben. einigen Tugend Personen vor sich ging, ist kaum zu glauben.

Ich glaube, es wäre für Deutschland vorteilhafter, wenn man so einen Kohl, wie Herr Pen ihn verzapft hat, nicht noch über den Vortisch gehen lassen würde. Der Mann will uns glauben machen, daß Hamburg, also die Hafenanlagen, vergrößert werden müssen, weil „Kraft durch Freude“ im nächsten Jahr einen solchen Umfang annehmen wird, daß die Unzulänglichkeiten nicht reichen.“

Wer glaubt so etwas? Wir hier in der Schweiz wissen genau, daß man sich in Hamburg alle erdenkliche Mühe gibt, die für die Schweiz bestimmten Importen so weit als möglich über Hamburg zu ziehen. Aber auch bei gleichen Preisen und Unterbietungen, man geht in Hamburg sogar sehr weit, ist man hier sehr ablehnend gegen den Verkehr via Hamburg und läßt nur das, was unbedingt nötig ist, via Hamburg laufen. Von den arbeitslosen Hafenarbeitern in Hamburg und von den Unterbilanzen der Schiffahrtslinien (Nord, Lloyd und Hamburg-Amerika-Linie) wollen wir gar nicht reden, denn da sprechen die Zahlen genug für sich.

Es wäre für uns in der Schweiz interessant zu erfahren, wer falls mit Namen und Titel durch „Kraft durch Freude“ sich eine Reise auf dem Meer leisten konnte, und wer im kommenden Jahr unter den 150.000 Mann ist, der mit auf die Azoren und nach Madeira fahren darf!

Genug für heute, man könnte so noch seitenlang schreiben. Mit Gruß „Für Deutschland, gegen Hitler“ Unterzeichnet.

Kommission. 1930 erstattete die Kommission ihren Bericht. Sie schlug vor, in den Provinzen das Wahlrecht etwas zu erweitern und volle Selbstverwaltung mit gewissen Vorbehalten einzuführen, in der Zentrale keine wesentlichen Änderungen vorzunehmen und die Fürstentümer in einen indischen Bundesstaat einzugliedern. Sowohl in Indien wie England waren mit dem Bericht unzufrieden.

Nun berief Macdonald die erste Konferenz am runden Tisch ein, an der neben Vertretern der drei englischen Parteien, Vertreter der indischen Parteien und der Fürsten teilnahmen. Gandhi war damals gerade im Gefängnis. Aber schon im nächsten Jahr nahm er an der zweiten Konferenz teil. Damals kam es zu schweren Konflikten zwischen Hindus und Moslems. Nach einer dritten Konferenz legte die englische Regierung Anfang 1933 ein Weißbuch vor, das im Gegensatz zum Simonbericht auch für die Zentrale Selbstverwaltung empfahl, auch hier freilich mit gewissen Sicherungen. Dieses Weißbuch wurde über ein Jahr lang in einer 32köpfigen Sonderkommission von Ober- und Unterhaus beraten. Nun hat diese Kommission ihren Bericht vorgelegt. Rumpfkonserervative Kommissionsmitglieder stimmten dagegen, weil der Vorschlag ihnen zu weit geht, die vier Labourmitglieder stimmten dagegen, weil er ihnen nicht weit genug geht. Während der rechte Flügel der Konservativen geradezu Tobfuchtsfälle erleidet und den Untergang des Weltreichs prophezeit, kündigt Labour eine wohlwollende Opposition an. In Indien ist die Aufnahme recht feindselig, aber nach manchen Äußerungen hat es den Anschein, als ob die Inder in dieser Frage vergewaltigt werden wollen; denn positive Gegenvorschläge fehlen bisher.

Der Reformvorschlag

Der Reformvorschlag sieht vor: Schaffung eines Bundesstaates inklusive der Fürstentümer. Selbstverwaltung der Provinzen, parlamentarischen System unter einer gewissen Kontrolle des von England ernannten Gouverneurs, etwas erweitertes Wahlrecht (etwa 10 Prozent der Bevölkerung sollen es erhalten), in den meisten Provinzen Zweikammersystem, wobei die 2. Kammer zu einer Vertretung des Besitzes werden soll.

Hitler-Jugend mordet

Wenn Kinder Dolche bekommen...

Karlsruhe, 30. November.

Mitglieder der Hitler-Jugend hatten bei einem Kameraden mehrere Weinflaschen gestohlen und sie ausgetrunken. Die Jungen gerieten plötzlich in Streit; sie zogen ihre „Hitler-Jugend-Gewandolche“ hervor und hieben damit aufeinander los. Der eine wurde durch einen Dolchstoß mitten ins Herz auf der Stelle getötet; ein zweiter mußte lebensgefährlich verletzt, in aller Eile nach dem Krankenhaus verbracht werden.

Die „Weisen von Zion“

Im „Börsen Beobachter“ beschäftigt sich Alfred Rosenberg unter der Überschrift „Der Judenprozeß in Bern“ mit dem Prozeß, der, wie berichtet, in Bern um die Frage der Echtheit der „Protokolle der Weisen von Zion“ geführt wird. Rosenberg erklärt u. a., daß sich der „Börsen Beobachter“ in einer Anzahl von Aussagen mit dem Komplex befaßt wolle. Vor dem Berner Gericht sei auch der Zentralpartei-Verlag der NSDAP, angeklagt. Das Gericht könne — so sagt Rosenberg u. a. weiter — überhaupt kein bindendes Urteil in einer derartigen weltpolitischen From fällen. Beiritten werde auch die Affirmation der jüdischen Kultusgemeinde in Bern (d. h. das Recht der Klägerin zur Aufhebung der Klage). „Für die Judenheit können heute nur die jüdische oberste Regierung der jüdischen Politik. Falls sich eine solche nicht vorzustellen in der Lage ist oder nicht gewillt ist, dies zu tun, können wir, wie gesagt, eine Affirmation der Berner Kultusgemeinde nicht anerkennen.“

Zu der Frage der Echtheit der „Protokolle“ erklärt Rosenberg, daß es sich nach seiner Meinung weniger um die sogenannte Einheit, als um die innere Wahrheit“ dessen handele, was in den Protokollen erklärt werde.

Dreister, aber zugleich lächerlicher kann sich Hitler-Deutschlands Kulturdiktator nicht herausgeben. Jetzt dekretiert man auch, warum sich Rosenberg seinen schweizerischen Pass und seinen „Führer“, der heilig und fest an die „Weisen“ glaubt, nicht in Bern als Sachverständiger zur Verfügung stelle. Den Berner Richtern hätte er mit seiner „inneren Wahrheit“ zur Bemäntelung schmutziger Schundliteratur nicht sehr imponiert.

In der Zentrale Selbstverwaltung und parlamentarischen System unter Kontrolle des Vizekönigs, dem aber die Außenpolitik, die Wehrpolitik und die Religionspolitik vorbehalten bleiben sollen und der auch sonst Vorrechte hat, indirekte Wahl der ersten Kammer durch die Provinzparlamente und der zweiten Kammer zum Teil durch die Fürsten. Weiter soll der Vizekönig ein Einspruchsrecht gegen eine Wirtschaftspolitik haben, die englische Waren ausschließt, auch die Beamtenernennung soll ihm zum Teil vorbehalten bleiben. Die Frage von Sonderwahlkreisen für die verschiedenen Religionsgemeinschaften und für den Schutz der Minderheiten spielt natürlich auch eine erhebliche Rolle.

Die Labour Party bemängelt vor allem das allzu sehr beschränkte Wahlrecht (auch sie fordert nicht sofort das allgemeine Wahlrecht bei einer analphabetischen Bevölkerung), das Zweikammersystem, das zu ausgedehnter Vetorecht von Gouverneuren und Vizekönig, die indirekte Wahl zum Zentralparlament. Die Rechtskonservativen dagegen protestieren, daß man überhaupt an Selbstverwaltung bei der Zentralregierung denke, sie wollen höchstens eine Provinzselbstverwaltung anerkennen. In Indien scheint vor allem die indirekte Wahl zum Zentralparlament viel böses Blut zu machen.

Widerhall in der englischen Öffentlichkeit

Jeden Tag wurden im Rundfunk Vorträge über Indien gehalten, die Presse ist voll von Berichten, von Reden und Polemiken. Vor allem in der konservativen Partei tobt ein erregter Kampf. Dieser Kampf kann zum Schicksal der Partei und ihres Führers Baldwin werden, der sich mit ganzer Kraft für den Reformvorschlag einsetzt. Baldwin wird dabei von Sir Austen Chamberlain unterstützt, dessen Stimme in der konservativen Partei nach wie vor großes Gewicht hat, und von dem Unterrichtsminister Lord Halifax, der als früherer Vizekönig von Indien über einen reichen Erfahrungsschatz verfügt. Die Führung der Gegengruppe liegt geistig bei Churchill, formell aber bei dem angesehenen Lord Salisbury, dessen Name in der Partei mehr gilt als der des nicht ganz stubenreinen Churchills.

Die nächsten Wochen und Monate können schicksalhafte Bedeutung für das Weltreich haben.

Aktivität des Quai d'Orsay

Paris, 29. November.

Von unserem Korrespondenten.

Der Quai d'Orsay steht zur Zeit im Zeichen ganz besonders angespannter Arbeit. Zwischen dem rumänischen Außenminister und seinem französischen Kollegen Raval finden wichtige Unterhaltungen statt, der türkische Außenminister führt bedeutungsvolle Gespräche mit Raval, und dann wieder treffen sich beide ausländischen Gäste mit dem Leiter der französischen Außenpolitik, um gemeinsam alle die Fragen zu diskutieren, die den drei Staatsmännern und den von ihnen vertretenen Völkern ganz besonders am Herzen liegen. Die französische Presse begleitet alle diese Konferenzen mit ihren Kommentaren, ohne daß sie jetzt schon auf ein bestimmtes Ergebnis hinweisen kann. Man will wissen, daß Lewski Nichts Wen nach Paris gekommen sei mit dem Vorschlag, einen französisch-türkischen Pakt abzuschließen. Diese Absicht steht nicht überall auf freundschaftlichem Verständnis. So sagt zum Beispiel Saint-Exupéry im "Journal", Frankreich würde Italien mißtrauisch machen, wenn es jetzt ein Einzelabkommen mit der Türkei abschließen würde. Es gäbe tatsächlich im Mittelmeer keine Sicherheit ohne die französisch-italienische Verständigung, in Mitteleuropa ohne die Verständigung zwischen Italien und Jugoslawien im Osten ohne die Verständigung zwischen Polen und der Tschechoslowakei.

Im "Deuxième" hofft Geneviève Tabouis, daß zwischen der kleinen Entente und den Mächten des Balkanpaktes, also Jugoslawien, Bulgarien, Griechenland und Türkei, bald die noch bestehenden Gegensätze beseitigt würden und dadurch ein wirklicher Balkanpakt zustandekäme, dem alle Balkanmächte angeschlossen. Italien habe vor kurzem in Genf der kleinen Entente und insbesondere der Tschechoslowakei und Jugoslawien ein Abkommen angeboten, in dem Österreichs Unabhängigkeit garantiert werden sollte. Die Antwort habe gelaufen, daß beide Mächte mit den anderen Balkanmächten solidarisieren seien und nichts mehr wünschen, als mit Italien friedlich zusammen zu arbeiten, aber unter der Bedingung, daß Italien friedlich auf seine Politik auf dem Balkan des "Divide et Impera" (die Gegner voneinander trennen, um sie einzeln zu beherrschen) verzichte. Die französische Journalistin meint, daß dieses Ziel jetzt erreichbar sei. Ein Abkommen mit der Türkei befinde sich für Frankreich noch nicht. Es sei wünschenswert, dürfte aber erst dann verwirklicht werden, wenn Frankreichs Verhandlungen mit Italien günstige Gestalt angenommen hätten.

Die italienisch-französische Verhandlungen

Rom, 30. November.

Anfolge der Verschärfung des ungarisch-jugoslawischen Konflikts ist in verschiedenen politischen Kreisen die Ansicht vertreten worden, daß die geplante Reise Raval nach Rom neuerdings verschoben wird. Von unrichtigster Seite wird erklärt, daß die italienisch-französischen Verhandlungen keine Unterbrechung erfahren haben und daß angeblich der bisherige Verlauf sogar zu optimistischen Aussichten Anlaß gebe. Nach wie vor wird angenommen, daß Raval voraussichtlich am 20. Dezember hier erwartet werde.

BRIEFKASTEN

Am mehrere. Auf Ihre Anfrage geben wir das von dem neuen Organ des Saarfränkischen Rats, "Deutschland" in französischer Sprache abgedruckte Schreiben des früheren Herausgebers des "Deutschland", A. Zschalmeier, in deutscher Uebersetzung wieder: "Dern Reichsberg, Paris. Ich bestätige unsere Vereinbarung und Unterhaltung von heute früh. Ich habe Ihnen die gegenwärtige Lage von 'Deutschland' und die Wünsche seiner Gründung auseinandergesetzt. Das Kapital der Gesellschaft in Höhe von 100.000 Fr., das ich aus meinen eigenen Mitteln und ohne Hilfe von dritten Personen eingezahlt hatte, ist infolge der enormen Schwierigkeiten, auf die ich an der Saar gestoßen bin, ungenügend gewesen. Ich habe nicht gezögert, fortwährend bedeutende Summen einzuzahlen, die weit das Gründungskapital übersteigen. Es ist mir ein Leichtes, Ihnen dafür einen Beweis auf Grund meiner Bücher und Bankausweise zu liefern.

Ich habe Ihr Angebot, Ihnen die Gesellschaft für den Preis von 200.000 Fr. zu verkaufen, nur angenommen, um die Existenz der Zeitschrift zu sichern. Ich habe mit Genehmigung von Ihren Vertretern über die Möglichkeit einer Erhöhung des eingezahlten Kapitals Kenntnis genommen, was die Möglichkeit bieten würde, aus 'Deutschland' ein noch bedeutungsvolleres Blatt zu machen und so dazu beitragen würde, eine noch wirksamere antihitlerische und saarländische Propaganda in die Wege zu leiten."

Die Rechtsstelle für deutsche Flüchtlinge in Paris schreibt und: Seit etwa 6 Wochen hält sich in Paris ein gewisser Martin Ruder auf. Er wohnt jetzt 67, rue des Moines, Paris 17. Er gibt an, am 20. 10. 1902 in Frankfurt am Main geboren zu sein und zuletzt in Berlin-Regel, Brunnenstraße 56, gelebt zu haben. Nach seinen Behauptungen ist er ab Februar 1933 bis September 1934 in verschiedenen Konzentrationslagern, hauptsächlich in Deutschland, inhaftiert worden. Er zeigt seinen linken Arm vor und versichert, dieser sei im Lager gebrochen und aufgeschulten worden, so daß er jetzt nicht brandbar ist. Ruder will auch Gerichtsanhörerin sein, aber in der letzten Zeit kaufmännisch gearbeitet haben. Ruder gibt an, durch die Verden im Konzentrationslager einen vernünftigen Sprachlehrer erhalten zu haben; er hat beim Sprechen Änderungen im Gesicht und wirkt sehr nervös. Möglicherweise ist dies simuliert. Nach den letzten zuverlässigen Ermittlungen in Deutschland ist Ruder unzweifelhaft ein Hochhändler und Betrüger. Er hat niemals studiert, hat in Deutschland wegen krimineller Vergehen im Gefängnis gesessen und hat es hier in Paris verstanden, sich bei allen nur erdenklichen Stellen Unterhaltungen und Empfehlungen zu verschaffen. Es erscheint zumindest höchst zweifelhaft, ob er überhaupt im Konzentrationslager gewesen ist; es besteht die Befürchtung, daß er von seinen hiesigen Erfahrungen weiteren unläuternden Gebrauch macht. Wir warnen dringend, sich in irgendeiner Weise mit ihm einzulassen und bitten, etwa bei ihm vorgefundene Empfehlungsbriefe einzubehalten.

A. W. Krennort. Wir danken Ihnen für die wertvolle Zeitungsendung. U. a. schreiben Sie: "Der Bund der Freunde des neuen Deutschland" hatte einer seiner regulären Versammlungen im "Hilfungs Club", 156, Street und St. Ann-Kreuz, an welcher etwa tausend Personen teilnahmen. Im selben Gebäude hatte der "Germont-Club" in einem Saale, welcher gerade über dem Ratsaal gelegen ist, eine Versammlung, welche von ungefähr hundert Personen besucht war. Als Dave Wallach, ein Mitglied des "Germont-Clubs", den Vortritt begehnte, wurde er von einem Nazis mit einem Knüttel über den Kopf geschlagen. Wallach teilte dies seinen Kameraden mit, die kicherten dann in die Ratsversammlung, eine Prügelei entstand und die Polizei wurde von den Nazis alarmiert. Die Polizei drang mit gezogenen Revolvern in die Versammlung und verhaftete den Nazis Liebert, welcher Wallach angegriffen hatte. Inzwischen demolierten die Mitglieder des "Germont-Clubs" die vor dem Gebäude stehenden Nazisautos. Die Nazis wurden dann

von der Polizei im Gilmarch nach der nächsten Hochbahnstation geleitet, begleitet vom "Germont-Club", die Mitschläger, Steine und andere Wurfgegenstände in die Nazisautos schleuderten. Nach der Hochbahnstation kam es noch einmal zu einer heftigen Prügelei, in welcher es viele blaue Augen und verbeulte Köpfe gab." — Alles in allem: die Nazis scheinen bei Euch so beliebt zu sein, wie sie es verdienen.

Freund in Budapest. Sie überlassen uns den "Fetter Hund" mit folgender Notiz: "Der Geburtstag Erbkönig Ottos. Heute nachmittag 5 Uhr veranstalteten — wie aus Wien telegraphisch gemeldet wird — die jüdischen Frontsoldaten in der Synagoge der Inneren Stadt einen Otto-Gottesdienst, zu dem auch Erbkönig Eugen im Mariasallanform erschienen war. Der Erbkönig wurde vom Führer der jüdischen Frontsoldaten, General Sommer, begrüßt. Erbkönig Eugen drückte seine Freude darüber aus, daß er an diesem Gottesdienst teilnehmen und sich von der jüdischen Frontsoldatenarmee begrüßt werden könne. — Tod ist Geist vom Geiste des Väterjudenten Rammann im dritten Reiche."

Ans Land der Franken fahren. Bei Ihrem Besuche im Reichs-Streichers haben Sie das dortige "Reichsblatt" in die Hand bekommen. Es bringt das Bild einer Judenverbrennung in Nürnberg mit folgenden gemühten Zeilen darunter: "So sagte man die Juden im Mittelalter an. Unter der Zustimmung der erbitterten Volksmenge wurden die schlimmsten dieser widerwärtigen Fremdlinge verbrannt. Wieviel humaner ist dagegen der nationalsozialistische Staat, der diesen Volksfeinden, wenn sie sich auch nur ein wenig anständig benehmen, nicht nur Vortritt gewährt, sondern ihnen sogar die freie Ausübung des Berufes gestattet." — Unser Bild zeigt eine Judenverbrennung in Berlin auf dem Neuen Markt." — Man spürt das Bedauern, daß Juden im "dritten Reich" einwilligend nur in Konzentrationslagern und in SA-Küchen unheimlich verbrannt werden, hat daß man sie öffentlich verbrennt.

Willy Schäferdief. Sie haben ein Hörspiel geschrieben, das Sie aus Ihrem Zimmer im Reichshof der Rön nach Berlin schickten. Von hier aus ging es in diesen Tagen über fast alle deutschen Sender, und es hieß: "Jakob Johannes". Tod ist nämlich der Name des neuen Schlagierers von der Saar. Jakob Johannes war ein Saarländer, der im Jahre 1919 vom französischen Militärgericht zum Tode verurteilt und erschossen wurde. Man hatte ihn eines Mordverfälschung beschuldigt. Sie prüfen nicht, ob das Urteil zu Recht erfolgte, aber immerhin hatte man ihn mit der Waffe in der Hand verhaftet. Ihr Hörspiel zu dieser Episode ist pompös und knallig, voll schweifender Tendenz gegen die französische Mordjustiz, nicht ganz ohne Talent. Damals, als Sie unter der Protektion des heuten unter Anklage stehenden früheren Intendanten und Tichters Ernst Hardt von einem kleinen Angehörtenposten in den Reichsdeutschen Rundfunk einrückten, da waren Sie mit Freund mit allen Sozialisten und Marxisten im nahen und weiten Umkreis. Sie drückten ihnen gefühnngsvollen die Hand und machten hinter Ihren Brillengläsern traurige Augen, wenn Sie Strömungen von rechts her im Rundfunkhause durchzufließen sahen. Sie schrieben sozialradikale Verse und spotteten mit anderen Dichtern über die Nazis. Als Ihre Kollegen der Reihe nach im Frühjahr 1933 herausgeworfen wurden und Ihr Protektor, der Intendant, gefangen geleitet wurde: Sie blieben. Heute stehen Sie vermutlich bereits im Genuss eines "alten Kampfers" mit den feindlichen braunen Beziehungen. Vielleicht kommt Abregleichen wieder angeköstet, wenn es anders herum geht. Vielleicht herleben Sie sogar schon ein Heldenepp vor über Ihre einkigen Brüder, die erschossenen, geköpften und erschlagenen Protekten. In Ihrem Rundfunkdrama sollte es wider von der unüberlebigen deutschen Idee, verfortert durch Johannes.

Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Robano Vich in Dab-meller; für Anleiter: Otto Ruhn in Saarbrücken. Notationsdruck und Verlag: Verlag der Volksstimme GmbH, Saarbrücken 2, Schützenstraße 2. — Schilffisch 770 Saarbrücken.

Es kommen zu Wort: Der Großindustrielle Hermann Röchling. Der Führer der Deutschen Front, Pirro. Der Pfarrer Wilhelm. Der Vorsitzende der Handwerkskammer, Schmelzer. Gräfin von Roedern. Der Propagandaleiter der Deutschen Front, Peter Kiefer. Minister Zoricic. Drouard, Vorsitzender der französisch-saarländischen Handelskammer. Raspail, Direktor der Mines Domaniales. Dr. Velleman, Generalsekretär der Abstimmungskommission. Exzellenz Galli, Vorsitzender des Obersten Abstimmungsgerichtes. Dr. Martiner, General-Advokat beim Obersten Abstimmungsgericht. Landgerichtsdirektor Steinfels. Johannes Hoffmann, Führer der katholischen Front. Max Braun, Vorsitzender der Sozialdemokraten. Fritz Pfordt und Philipp Daub, führende Funktionäre der Kommunisten. Julius Schwarz, Vorsitzender des Bergarbeiterverbandes. Arbeiter und Bauern, Geistliche und Handwerker, Hausfrauen und Schulkinder, Kaufleute und Lehrer.

Inhaltsangabe: Mitten in Europa 1934. Deutsch sein. Hitler vor den Toren. Hier regiert der Völkerbund. Die toten Seelen. Kommt die Wirtschaftskatastrophe? Gleichschaltung der Sklaverei? Die Front der Schwankenden. Die katholische Fronde. Die Einheitsfront. Das andere Deutschland. Ein Würfel fällt an der Saar

Die Wahrheit über die Saar!

Das Reportagebuch für jedermann!

180 Seiten, zweifarbiger Umschlag, bessere Ausgabe Fr. 12,— (Sfr. 2,40), billige Volksausgabe Fr. 6,— (Sfr. 1,20).

RING-VERLAG AG., ZÜRICH

Zu beziehen in allen Buchhandlungen oder bei der

Buchhandlung der Volksstimme G.m.b.H.

Saarbrücken 2, Trierer Straße 24 Postscheckkonto Saarbrücken 619

HIER SPRICH DIE SAAR

Ein Land wird interviewt
von THEODOR BALK

Dr. Hans Neikes
Hermann Röchling
Jakob Pirro
Pfarrer Wilhelm
Peter Kiefer
Wilhelm Schmelzer
Pfarrer Nold
Minister Zoricic
Exzellenz Galli
Dr. Martina
Direktor Raspail
Dr. Velleman
Johann Hoffmann
Max Braun
Fritz Pfordt
Philipp Daub
Julius Schwarz
Bergarbeiter
Hausfrauen
Hüttenarbeiter
Landwirte
Geistliche
Schulkinder
und viele andere